Nr 272 — Jahrgang 18 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Freitag, den 25. November 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen :—: tarifliche Ermäßigung. :—:

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). :—: Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. :—: Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Hitlers Gegenvorschlag

Für ein Präsidialkabinett unter nationalistischer Führung — Keine Mehrheit für Hitler — Die Vorschläge an den Reichspräsidenten — Keine baldige Beendigung der Krise

Berlin. Das Antwortschreiben Hitlers an den Reichspräsidenten ist am Mittwoch abend durch den Reichstagspräsidenten Göring übermittelt worden. In seiner Antwort bringt Hitler zum Ausdruck, daß er den ihm vom Reichspräsidenten übergebenen Auftrag einer parlamentarischen Lösung der Regierungskrise nicht übernehmen könne, weil er in Verbindung mit den Vorbehalten innerlich undurchführbar sei. Zugleich machte Hitler einen Gegenvorschlag, wobei er seine Person und die nationalsozialistische Bewegung für die Lösung der Regierungskrise zur Verfügung stellt. Hitlers Vorschlag geht darauf hinaus, ein Präsidialkabinett unter Hitlers Führung und gestützt auf den Reichspräsidenten zu bilden. Der Reichspräsident wird am Donnerstag seine Antwort erteilen. In unterrichteten Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß Hindenburg noch die Führer anderer Parteien empfangen wird, um völlige Klarheit zu schaffen.

*

Berlin. Es liegt nun wieder völlig beim Reichspräsidenten, in welcher Form sich nach dem Antwortschreiben Adolf Hitlers die Verhandlungen über die Regierungsbildung weiterhin vollziehen sollen. Von einer Fortsetzung des Schriftwechsels verspricht man sich jedenfalls, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, nichts. Der Reichspräsident sei gewillt, eine Lösung zu finden. Er halte aber auch jetzt noch daran fest, daß gemäß seiner Rücksprache mit den Parteiführern eine parlamentarische Regierungsbildung durch Hitler möglich gewesen wäre. In der ersten Aussprache mit dem Reichspräsidenten habe Hitler die Möglichkeit, eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag zu finden bejaht.

In unterrichteten Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß der Reichspräsident nun noch einmal die Führer anderer Parteien empfangen wird, um volle Klarheit zu schaffen.

Die Forderungen, die der Reichspräsident an Hitler gestellt hat, sind vielfach falsch oder verzerrt wiedergegeben worden. Sie seien daher noch einmal aufgeführt:

1. **Vorlegung eines Wirtschaftsprogramms.**
2. **Keine Maßnahmen zur Wiederherstellung des Dualismus Reich—Preußen.**
3. **Keine Abschwächung des Artikels 48.**
4. **Die Ministerliste bedarf der Bestätigung durch den Reichspräsidenten, d. h. der Reichspräsident hat Hitler keine Blankovollmacht für die Ministerliste erteilt.**
5. **Die Posten des Außenministers und des Reichswehrministers unterliegen der besonderen persönlichen Beschlußfassung des Reichspräsidenten, weil der Reichspräsident Oberbefehlshaber der Reichswehr und Vertreter des Reiches nach außen ist.**



Der „Mann im Dunkeln"

Staatssekretär Dr. Meißner, der bei der deutschen Regierungskrise eine bedeutsame Rolle spielt und der in politischen Kreisen als der Vermittler des Herrenklubs beim Reichspräsidenten bezeichnet wird.

In den Einzelbesprechungen, die der Reichspräsident mit den Parteiführern hatte, hatten sich sämtliche Parteiführer grundsätzlich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt. Ueber diese Bedingungen hinaus sind aber auch keine besonderen Forderungen gestellt worden. So ist auch nicht verlangt worden, daß Hitler das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen übernehme. Wenn nun Hitler ohne Fühlungnahme mit den anderen Parteien seine persönliche Betrauung zum Kanzler im Sinne einer Präsidialregierung vorschlägt, so ist es bisher stets die Auffassung des Reichspräsidenten, daß er keinen Parteiführer, welchen auch immer mit der Führung einer solchen Präsidialregierung betrauen könne.

Der Reichspräsident will nun nichts überstürzen und den neuen Vorschlag Hitlers gründlich durchprüfen. Da die Verhandlungen nicht abgebrochen sind, ist damit zu rechnen, daß andererseits auch Versuche fortgeführt werden, die darauf abzielten, die „Harzburger Front" irgendwie wieder aufleben zu lassen. Den ganzen Mittwoch über war besonders der Herzog von Koburg in dieser Richtung tätig, der mit Hitler hierüber mehrfache Besprechungen geführt hat. Eine Fühlungnahme Hitlers mit den früheren Partnern der „Harzburger Front" ist jedoch wenigstens bisher nicht erfolgt.

Streiks in Spanien

Madrid, 20. November.

Immer wieder seit dem Bestand der Republik in Spanien wühlen aus Arbeitskämpfen hervorbrechende Schießereien, Attentate, Sabotageakte und Lokalstreiks die öffentliche Meinung Spaniens und des Auslandes auf. Das Land ist ein ewiger Aufruhrherd geworden: daran ist die Republik schuld — nieder mit ihr! So posaunen die Feinde des neuen Regimes in die Welt. Und der kleine Bürger, der Rentner, der allmorgendlich von seiner Presse neue „Terrorakte" vorgesetzt erhält, sieht vielfach schon längst nicht mehr die Errungenschaften, die Reformen der Republik, er sieht nur noch, durch einen Vexierspiegel verzerrt, diese, angeblich von der Republik herrührenden Unruhen.

* * *

Ein Gespräch mit Fabra Ribas, Unterstaatssekretär im spanischen Arbeitsministerium, Vorkämpfer der sozialistischen Arbeiterschaft Spaniens seit Jahrzehnten, rückt dieses Problem einer Arbeiterbewegung, die lange Zeit unter lähmendem Druck stand und nun frei geworden ist, in ein neues Licht.

Fabra Ribas versuchte die Vorgänge folgendermaßen zu erklären:

„Unruhen, Arbeitskämpfe — jawohl: in der Presse. Aber seit die Republik besteht, ist mir noch kein Arbeitskampf vorgekommen, der auch nur im entferntesten an die Kämpfe andrer Länder heranreicht... Heute streikt bei uns ein Betrieb, morgen geht alles wieder seinen Gang, das neue Schlichtungswesen funktioniert ausgezeichnet.

Wir haben Arbeitslose. Wir haben hungernde Landarbeiter, gewiß. Aber das ist kein unüberwindliches Problem. Spaniens Boden ist reich. Nicht nur 24 Millionen Einwohner, die es heute hat, können ohne Not von den heute nicht ausgenutzten Bodenschätzen leben, auch 50, auch 60 Millionen Menschen könnten es. Alle Reformen, die die Republik in Angriff genommen hat, zielen auf die Erschließung des in ungeheurem Umfang brachliegenden Bodens ab. Die Agrarreform, die in einzelnen Provinzen, wie Salamanca und Badajoz, bereits in Durchführung ist, gibt erst einmal einigen hundert Arbeitslosen, später Tausenden und hoffentlich einmal allen Hungernden Brot.

Aber bei uns wird alles, was sich ereignet, aus der Mentalität des spanischen Individualismus heraus, aufgebauscht. Vor einiger Zeit brachten die Zeitungen Berichte über den Generalstreik in Bilbao. Während dieser Zeit befand sich in Bilbao zufällig der mir bekannte Vertreter einer großen ausländischen Zeitung. Sein Blatt, erfreut, Augenzeugenbericht zu erhalten, bat um telephonische Uebermittlung der Ereignisse. Wie erstaunt aber war die Redaktion, als der Sonderbeauftragte nicht eine Zeile durchgab, durchgeben konnte, denn — der „Generalstreik" war so spurlos vor sich gegangen, daß selbst der Journalist nichts davon bemerkt hatte.

Die Ursachen der vielen Sabotageakte auf dem Lande, die sich in letzter Zeit mehrten, liegen in der Angst der Grundbesitzer vor der Agrarreform. In der Mancha beispielsweise werden die Dörfer seit Jahrzehnten von den sogenannten „Kaziken" beherrscht, Grundeigentümern, Großbauern, Pächtern, die seit Jahren Deputierte, Eisenbahndirektoren usw. waren. Sie leben seit der Republik in der ständigen Angst, weggefegt zu werden, widersetzen sich der Bestellung ihrer Ländereien, nehmen lieber Verluste in Kauf, ehe sie Arbeit vergeben. Die hungernden Arbeiter lassen sich das nicht gefallen. Konflikte entstehen, die von den Schiedsgerichten beigelegt werden müssen. Hinzu kommt, daß die syndikalistischen Gewerkschaften aus ihrer Mentalität des Widerspruchs heraus Schwierigkeiten oft nicht beilegen wollen. Der Syndikalismus ist ja das Ueberbleibsel der spanischen Arbeiterbewegung aus der Zeit der Unfreiheit: er führt die Kämpfe wild, vereinzelt, ohne Ueberblick, ohne Größe. Er kämpft nicht, um etwas zu erreichen, sondern um die Arbeiter ständig im Kampf zu erhalten — ziellos, sinnlos. Ihn muß die Arbeiterklasse in der Demokratie erst überwinden. Alles in allem können wir in Spanien nicht von einer sozialen Krise sprechen. Wollen wir überhaupt das Wort Krise gebrauchen, so müssen wir sagen: Spanien befindet sich keineswegs, wie unsere Gegner behaupten, in einer Krise des Verfalls, sondern es befindet sich in einer Krise des Wachstums, einer Krise des Aufstiegs."

Genf und die Danzig-polnischen Konflikte

Die Zlotyeinführung in Danzig soll nachgeprüft werden — England hofft auf Einigung

Genf. Der Völkerbundsrat beschloß am Mittwoch in öffentlicher Sitzung zur Behandlung des Antrags des amtierenden Danziger Völkerbundskommissars über die Frage der Rechtmäßigkeit der Zloty-Verordnung der polnischen Regierung für die Danziger Eisenbahnen, einen engeren Ausschuß einzusetzen, der aus dem englischen Außenminister Simon, dem norwegischen Außenminister Braadtland und dem Pariser spanischen Botschafter Madariaga besteht.

Simon betonte, daß es sich hierbei um eine Frage von größter Bedeutung handele, die eingehend geprüft werden müsse. Er schlug dem Rat vor, festzustellen, daß der Völkerbundskommissar durchaus korrekt gehandelt habe, indem er diesen schwerwiegenden Fall vor den Rat brachte. Nach dem Vorschlag Simons soll der Dreierausschuß bereits in den nächsten Tagen dem Völkerbundsrat einen Vorschlag machen.

Unterzeichnung des russisch-polnischen Schlichtungsabkommens

Moskau. Im Außenkommissariat wurde am Mittwoch das russisch-polnische Schlichtungsabkommen unterzeichnet, das einen Teil des russisch-polnischen Nichtangriffsvertrages bildet, der am 25. Juli in Moskau unterzeichnet wurde.

Die russischen amtlichen Stellen erklären, die Bereitwilligkeit Polens zum Abschluß des Schlichtungsabkommens beweise, daß es entschlossen sei, den Vertrag auch ohne das Zustandekommen des russisch-rumänischen Nichtangriffsvertrages zu ratifizieren.

Riesige Goldfunde in Venezuela

Hamburg. Nach einer Mitteilung des venezolanischen Generalkonsulats in Hamburg ist in Venezuela mitten im Urwald eine außerordentlich reichhaltige Goldmine entdeckt worden. Der Fundort liegt in den Regionen des Alto Cuyuni, in der Nähe des Flusses Chicanou. Der Entdecker der Mine hat mit einigen anderen Arbeitern in ganz kurzer Zeit riesige Mengen Gold erbeutet, und zwar, wie das Generalkonsulat mitteilt, über 800 000 Gramm. Man hält die Mine für die größte und reichhaltigste der Welt. Nach dem Bekanntwerden dieser Goldfunde sind Tausende von Arbeitern an den Fundort geeilt, um dort ihr Glück zu versuchen. Die venezolanische Regierung hat, da die Mine auch nach dem Urteil Sachverständiger als sehr ergiebig angesehen wird, sofort eine Kommission zur ordnungsmäßigen Ausbeutung an den Fundort entsandt.

Inzwischen aber ist, zum erstenmal seit der Republik, in Spanien ein Streik ausgebrochen, der ernstere Ausmaße anzunehmen scheint, schon weil er diesmal nicht von den Syndikalisten ausgeht, sondern von den sozialistischen Gewerkschaften: der Streik der asturischen Bergarbeiter.

Asturien besitzt die bedeutendsten Kohlengruben Spaniens, deren Produktion bei voller Förderung für den Gesamtbedarf Spaniens ausreichen würde.

Schon seit Wochen sind Unternehmer und Arbeiter bei der Regierung vorstellig geworden, sie möge die Abnahme von 400 000 Tonnen auf Lager liegender Kohle bewirken. Die Werke drohten Schließung und Kurzarbeit der Betriebe an, die Gewerkschaften den Streik.

Die Regierung versprach daraufhin die Uebernahme von 46 000 Tonnen durch die Eisenbahnen, wodurch das Aergste vermieden werden soll. Da der verantwortliche Landwirtschaftsminister aber bis über den Kopf in der Propaganda für die katalanischen Landtagswahlen steckt, kam es bisher zu keinerlei weiteren Abmachungen. Daraufhin drohten am vergangenen Samstag unter dem Vorwand, „ehe die Lager nicht ganz abgedeckt seien", müssen sie die Förderung teils verringern, teils ganz einstellen, zwei Großbetriebe Viertagearbeit, bezw. Betriebssperrung an. Das hätte bedeutet: 600 Arbeiter brotlos und eine entsprechende Anzahl auf zwei Drittel ihres Einkommens herabgedrückt.

Die Bergarbeitergewerkschaft fand gegen diese Bedrohung, die ja nicht nur die 600, sondern im Prinzip sämtliche Bergarbeiter Asturiens trifft, keine andere Möglichkeit der Abwehr, als die Ausrufung des allgemeinen Streiks ihrer Mitglieder. Sie sieht in der Drohung der Unternehmer eine versuchte Erpressung an Regierung und Arbeiterschaft, zur gewaltsamen Einführung einer Kohlenpreiserhöhung, der sich die Regierung bisher scharf widersetzt hatte.

Gewiß ist die Lage des spanischen Bergbaues nicht rosig. Die englische Kohleneinfuhr macht ihm große Konkurrenz, die einheimischen Hüttenwerke haben ihre Produktion um 20 Prozent einschränken müssen, so daß auch ihr Kohlenverbrauch im gleichen Umfang zurückgegangen ist. Die Weltwirtschaftskrise trifft auch den spanischen Kohlenbergbau.

Angesichts des Ernstes der Lage lautet die Forderung der Arbeiter im Streikmanifest daher auch nur: „Vollarbeit während der sechs Arbeitstage." Mit dieser Forderung sind 30 000 Bergarbeiter in Asturien in den Streik getreten. Wie lange dieser Ausstand anhalten und was für Ergebnisse er bringen wird, liegt diesmal nicht nur beim Schiedsgericht, sondern vor allem bei der Regierung.

Genau besehen, ist das Manöver der Betriebsschließung nichts als ein Druck der Bergwerkindustriellen auf die jetzige Regierung. In nächster Zeit wird das Betriebsrätegesetz im Parlament zur Verhandlung kommen, das schärfste Maßnahmen — bis zur Enteignung — gegen schlechtgeleitete Industriebetriebe vorsieht. Regierungkrise und Regierungswechsel könnten vielleicht, so meinen die Kapitalisten, die einschneidendsten Maßnahmen noch einmal abbiegen.

Der Streik der 30 000 Bergarbeiter aber gibt den Herren die einzige Antwort: der spanische Arbeiter läßt sich nicht ins Bockshorn jagen und die Regierung wird es ebensowenig tun.

So werden die Machenschaften der Unternehmer fruchtlos bleiben. Dieser Streik, dank der Disziplin geschulter sozialistischer Gewerkschaften in der ganzen Provinz mit mustergültiger Ruhe und Ordnung durchgeführt — der erste wirklich ernst zu nehmende Streik in der Republik —, unterstreicht nur die Worte Fabra Ribas: „Spanien befindet sich keineswegs in einer Krise des Verfalls, sondern höchstens in einer Krise des Wachstums, des Aufstieges."

Meuterei in einem Osloer Gefängnis

Oslo. Dienstag abend kam es im Osloer Akershus-Landesgefängnis erneut zu einer Meuterei. Die Gefangenen, die in der Schmiedewerkstatt arbeiteten, setzten mit glühenden Eisenstangen die Malerwerkstatt in Brand. Andere Gefangene überfielen die Aufseher und entrissen ihnen die Schlüssel. Da diese aber nicht zu den Schlössern der großen Gefängnistore paßten, konnten die Gefangenen nicht entweichen. Erst herbeigerufener Polizei, die mit Stahlhelm ausgerüstet war, gelang es, die Meuterei niederzuschlagen. Die aufrührerischen Gefangenen etwa 40 an der Zahl, wurden in Panzerwagen in andere Gefängnisse übergeführt. Die Schmiede- und Malerwerkstatt sind völlig niedergebrannt. Es ist auffällig, daß sich in dem Gefängnis etwa alle drei Monate eine Meuterei ereignet. Zur Zeit waren in der Anstalt rund 160 Gefangene untergebracht.

Europa muß zahlen

Roosevelt gegen jede Schuldenstreichung — Erklärung Hoovers — Neue englische Note in Vorbereitung?

Washington. Der von Hoover in seiner offiziellen Erklärung erwähnte Ausschuß für einen Meinungsaustausch mit den Hauptschuldnerländern soll „teilweise oder ganz mit der amerikanischen Abordnung zu der Londoner Weltwirtschaftskonferenz und der Abrüstungskonferenz identisch sein und unter der Leitung Hoovers mit der Zustimmung des Kongresses die Behebung der Krisenursachen anstreben." In gleichem Atemzug befürwortet Hoover wieder die individuelle Schuldenregelung mit den einzelnen Ländern.

Schatzsekretär Mills gab bekannt, daß das amerikanische Staatsdepartement am Mittwoch abend dementsprechende Noten an die europäischen Länder abschicken wird.

Präsident Garner erklärte, daß die mit Hoover verhandelnden Kongreßführer jede Schuldenerleichterung ablehnten, dagegen dem Vorschlag zustimmte, daß die Schuldnerstaaten die fällige Dezemberrate vorbehaltlich weiterer Verhandlungen für längstens 60 Tage deponieren.

In zuständigen Washingtoner Kreisen verlautet, daß die britische Regierung angesichts der amerikanischen Haltung in der Schuldenfrage eine neue Note bezüglich Zahlungserleichterungen vorbereite.

Roosevelt gegen allgemeine Kriegsschuldenrevision

New York. Roosevelt ga' am Mittwoch, eine Erklärung ab, in der er sich gegen eine allgemeine Revision der Kriegsschulden wandte. Er befürwortete dagegen von einander unabhängige Verhandlungen mit den einzelnen Schuldnerländern unter Berücksichtigung ihrer Zahlungsfähigkeit. Weiter lehnte Roosevelt die Wiedereinsetzung einer Kriegsschuldenkommission ab. Die Verantwortung für die Zahlung der Dezember-Rate überläßt er vollkommen der Regierung Hoover. Einen Zusammenhang zwischen der Kriegsschuldenfrage und den Reparationen lehnte er strikt ab. Er erklärte, daß der Kongreß nicht befugt sei, die verfassungsmäßige Freiheit des Präsidenten, diplomatische Verhandlungen wegen der Kriegsschuldenfrage zu führen, zu unterbinden. Die Frage, auf welche Weise die Kriegsschuldenverhandlungen geführt würden, sei eine Frage zweiter Ordnung.

Trotzki in Dänemark

Kopenhagen. Trotzki traf am Mittwoch an Bord eines dänischen Dampfers in Esbjerg ein, wo sich am Landungssteg eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Die Kommunisten führten Plakate mit sich und pfiffen Trotzki aus. Auch aus den bürgerlichen Reihen wurde Trotzki mit Pfui-Rufen bedacht. Die Polizei hatte scharfe Absperrungsmaßnahmen getroffen.

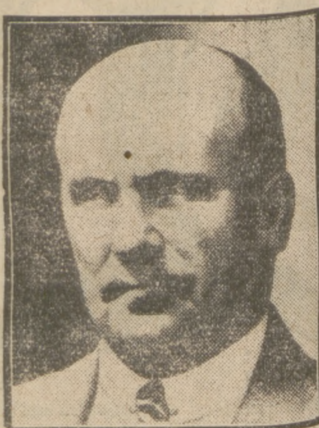
Die dänische Regierung wird von den bürgerlichen Zeitungen scharf angegriffen, weil sie Trotzki, der durch Blut gewatet sei, die Einreise erlaubt habe, während Dr. Goebbels die Einreiseerlaubnis verwehrt wurde.



Die Goethe-Medaille für Paul Schiemann

Der langjährige Fraktionsführer der Deutschen im lettländischen Parlament und Chefredakteur der „Rigaischen Rundschau", Dr. Paul Schiemann, wurde mit der Goethe-Medaille des Deutschen Reiches ausgezeichnet.





Die Führer des Lappo-Putsches verurteilt

In dem Prozeß gegen die Lappo-Führer wurde jetzt das Urteil gefällt: der frühere Generalstabschef der finnischen Armee, General Walenius (links), sowie der Lappo-Führer Kosola (rechts) wurden zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Neuwahlen in Jugoslawien

Entwurf eines neuen südslawischen Wahlgesetzes liegt vor.

Belgrad. Der Minister des Innern legte am Dienstag dem Ministerrat den Entwurf für ein neues südslawisches Wahlgesetz vor. Damit haben die Gerüchte über die bevorstehende Auflösung der derzeitigen Skupschtina und über die Ausschreibung von Neuwahlen ihre Bestätigung gefunden. Der Entwurf sieht aber trotzdem nicht die Durchführung freier und geheimer Wahlen vor, da die alten kroatischen, serbischen und slowenischen Parteien durch die technischen Bestimmungen des Gesetzes von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen bleiben. Das Gleiche gilt in noch stärkerem Maße für die Deutschen und die Ungarn, sowie für die übrigen Minderheitenparteien. Im Paragraphen 21 des Entwurfes wird nämlich bestimmt, daß jede Partei in jedem der 316 Wahlkreise einen heimischen Wahlbewerber aufstellen muß. Dieser Bestimmung kann, wie in politischen Kreisen versichert wird, nur eine behördlich unterstützte Staatspartei entsprechen. Das südslawische Zentralproblem, das Problem der Stammesgegensätze, wird also auch in der nächsten Skupschtina nicht gelöst werden können. Der Unterschied zum alten Wahlgesetz besteht hauptsächlich darin, daß es im Gegensatz zu den Wahlen im vorigen Jahr diesmal auch einer zweiten Staatspartei erlaubt werden dürfte, sich an den Wahlen zu beteiligen. In politischen Kreisen glaubt man, daß dieser zweiten Staatspartei, die sich voll und ganz auf den Boden der durch den Staatsstreich vom 6. Januar 1929 geschaffenen Lage stellen muß, die Rolle einer relativen Opposition zukäme.

Ministerpräsident Braun erkrankt

Berlin. Ministerpräsident Braun ist seit Sonntag an einer Halsentzündung erkrankt und bettlägerig. Infolgedessen wird, wie der Parlamentsdienst der Telegraphen-Union hört, am Donnerstag und in den nächsten Tagen Minister Hirtsiefer den Ministerpräsidenten im Staatsrat und Landtag vertreten. Auch die für die Vollsitzung des preußischen Landtages am Donnerstag angekündigte Rede wird in Vertretung des erkrankten Ministerpräsidenten Minister Hirtsiefer halten.

Vor Ghandis Freilassung

London. Der Bombayer Berichterstatter des „Daily Herald" berichtet, daß der indische Vizekönig zur Zeit die Freilassung Ghandis unter gewissen Bedingungen erwäge. Mehrere Berater des Vizekönigs setzten sich für eine bedingungslose Freilassung ein mit der Begründung, daß Ghandi jeder Zeit wieder verheftet werden könne, wenn er die Ungehorsamkeitsbewegung fördere.

Neue japanische Gewalttaten

Die chinesische Regierung hat dem Völkerbundsrat am Dienstag von neuen Gewalttaten der Japaner gegen die mandschurische Bevölkerung berichtet.

Lokale chinesische Organisationen werden seit Wochen mit Gewalt gezwungen, Anerkenntnisbriefe für die Mandschukuo-Regierung zu unterzeichnen, die dem Völkerbundsrat als „Beweis" für den „freien Willen der Bevölkerung" übersandt werden sollen. Das ganze Land wurde in drei Arten von Aushebungsbezirken für militärische Dienstpflicht eingeteilt, von denen die erste Art 4000 Mann, die zweite 3000 und die dritte 2000 Mann für das Heer der neuen Regierung stellen müssen. Jeder Rekrut erhält sechs japanische Yen im Monat. Die Kosten werden durch Erhöhung der Grundstückssteuer eingebracht. Endlich haben japanische Flugzeuge am 9. November mehrere Dörfer bombardiert. 13 Chinesen wurden getötet. Am 10. November haben japanische Truppen die Chinesen zweimal bei Yaokulak angegriffen und eine chinesische Eisenbahnstrecke bombardiert. Viele Hunderte von Toten werden gemeldet. Die zurückgeschlagenen Japaner haben die Bauern der zerstörten Dörfer massakriert.

Kinobrand in Madrid

Madrid. In einem der größten Lichtspieltheater Madrids brach während der Nachtvorstellung infolge Kurzschlusses Feuer aus. Der Bühnenvorhang fing sofort Feuer, das sehr schnell auch auf den Zuschauerraum übergriff und den größten Teil des Raumes zerstörte. Der Sachschaden beträgt über eine Million Pesetas. Durch die Haltung des Publikums, das sich in aller Ruhe durch die Notausgänge ins Freie begab, wurde eine Katastrophe vermieden.

Komponist Stransky tödlich verunglückt

Berlin. Der bekannte Komponist Otto Stransky ist am Mittwoch abend durch einen Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Stransky versuchte an der Ecke der Bismarck- und Kaiser-Friedrichstraße in Charlottenburg, den Fahrdamm zu überschreiten, um sich zu seinem auf der gegenüberliegenden Seite parkenden Kraftwagen zu begeben. Hierbei wurde er von einem Straßenbahnwagen der Linie 58 überfahren. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er in das Hildegard-Krankenhaus gebracht und ist dort kurz nach der Einlieferung verstorben.

Ehrenburg:

DIE HEILIGSTEN GÜTER

Roman der großen Interessen

100)

So ist das auch jetzt. Der Kampf gegen Rußland fordert viele Opfer. Das ist nicht bloß eine kommerzielle Transaktion, das ist, wie Bernard richtig bemerkt, ein „Kreuzzug des zwanzigsten Jahrhunderts". Aber man versuche doch einmal, von Ulrich zu beweisen, daß man sich auf die Polen verlassen könne!... Er sträubt sich mürrisch. Die Zigarre erlöscht. Es erlöschen die Augen. Schweigen. Das dauert so ein, zwei Stunden. Es ist klar, man ist in eine Sackgasse geraten. Nur ein gewichtiges Wort kann wieder zum Thema zurückführen. Und so sagt Bernard und bringt damit die allgemeinen Gefühle zum Ausdruck:

„Ich denke, daß es für uns von großem Interesse wäre, die Meinung Sir William Wainsteins zu erfahren."

Alle nicken beifällig, sogar von Ulrich, obwohl er im Grunde vor dem Rothaarigen Angst hat. Nur Sir William kann ihnen helfen, er, der Bescheidene und Unscheinbare, der kein Politiker ist, o nein, kein Politiker, sondern Bankier, Fabrikant, Kaufmann: Wulf aus Witebsk, ein Grobian, ein Flegel, Ehrenmitglied der Akademie, kurzum: der Imperator. Man reiche ihnen also möglichst schnell Sir William!...

Der pünktliche Kern ist aufrichtig betrübt. Wohin mag er nur verschwunden sein?... Er weiß doch, daß heute der entscheidende Tag ist. Warum sitzt er also nicht in seinem Arbeitszimmer auf der Lauer, warum blickt er nicht unruhig auf den Telephonhörer? Etwas Schlimmes geht mit diesem Wainstein vor, die Langeweile will diesen Menschen endgültig zugrunde richten; er ist nicht nur zerstreut geworden, er ist jetzt zu jeder Torheit fähig. Sich an so einem Tag zu verstecken! Man kann überzeugt sein, daß er sich nicht mit Mister Horn unterhält. Wo ist er denn? Das ahnt nur Kern, und Kern sagt zu Bernard:

„Sir William Wainstein wird in einer Stunde kommen."

Ein bescheidenes Haus in einem Gäßchen an der Peripherie. Ein Schildchen: „Massage und Pediküre." Kern, aufgeregt, klingelt. Es öffnet ein Dienstmädchen mit Häubchen. Alles ist still und ruhig. An den Wänden Ansichtskarten von römischen Ruinen und Familienphotos. Das Dienstmädchen bittet Kern in den Salon, wo die Kunden warten. Aber Kern will nicht warten. Konferenz. Kritische Minuten. Horn. Bernard. Und Kern dringt gewaltsam ins Nebenzimmer ein.

Obwohl er die sonderbaren Gepflogenheiten Wainsteins bereits gewohnt ist, starrt er entgeistert auf das sich ihm bietende Schauspiel: Sir William kriecht splitternackt auf allen vieren. Zwei ganz abscheuliche Dirnen machen sich an ihm zu schaffen. Sie peitschen Wainstein mit einem Riemen, und Wainstein bellt: „Wau—wau!" Er richtet sich nicht auf, wie er Kern ansichtig wird, er erläutert nur träge:

„Ich bin heute ein Hündchen... Nero..."

Kern ist außerstande, ein Wort hervorzubringen. Er atmet sehr laut. Da fragt ihn Wainstein:

„Warum sind Sie eigentlich gekommen? Der Teufel soll Sie holen!..."

„Die Konferenz... Sie können sich nicht einigen... Bernard hat Sie angerufen... Ihre Anwesenheit ist unbedingt erforderlich..."

Wainstein richtet sich auf. Mit leeren Augen sieht er Kern an; in diesen Augen ist jetzt weder Spielerleidenschaft noch Groll, noch Spott, nichts mehr ist in ihnen, alles hat die Langeweile aufgefressen, — tote Augen, totes Leben.

Sich träge schüttelnd, knöpft Wainstein seine Hosenträger fest.

— Ende. —

Generaldirektor Dr. Ebeling unter Anklage

Aufrollung des „Oswag"-Prozesses — Meinungsverschiedenheiten über buchungstechnische Streitfragen Steht die Schuld der drei Direktoren fest?

Gestern wurde vor dem Landgericht Kattowitz die Prozeßsache „Oswag" aufgerollt, in welcher nach den tendenziösen Meldungen der polnischen Presse mit sensationellen Enthüllungen über betrügerische Manipulationen des Generaldirektors Dr. Franz Ebeling und der Mitangeklagten zu rechnen ist. Außer Dr. Ebeling haben sich zu verantworten Direktor Josef Ogiermann, gleichzeitiges Vorstandsmitglied der Firma „Oswag" und Direktor Otto Caspar von der Deutschen Bank in Kattowitz.

Den Prozeß, der sich unter Umständen über eine Woche hinziehen kann, führt Vizepräses Dr. Radlowski unter Assistenz des Vizepräses Dr. Arzt und Untersuchungsrichters Dr. Strzelczyk. Vertreter der Anklage ist Unterstaatsanwalt Dr. Nowotny, dem die polnische Presse für die Heranschaffung des recht umfangreichen Beweismaterials besondere Anerkennung zollt. Dr. Ebeling stehen als Verteidiger die Anwälte Dr. Brockmann, Warschau und Zbislawski, Kattowitz zur Seite. Die Verteidigung des Angeklagten Ogiermann hat Rechtsanwalt Polski, Kattowitz, und des Bankdirektors Caspar, der Advokat Dr. Baj übernommen.

Die Presseplätze sind vollauf besetzt. Neben den Vertretern der ortsansässigen Tageszeitungen bemerkt man auch Sonderberichterstatter der auswärtigen Presse von hüben und drüben, ferner der Telegraphenbüros. Das große Interesse an dem Prozeß wird ferner durch die große Zuhörermenge sozusagen demonstriert, die trotz der beschränkten Ausgabe von Einlaßkarten Zutritt gefunden hat, sowie auch durch das Erscheinen verschiedener prominenter Persönlichkeiten, darunter der Vertreter des Deutschen Generalkonsulats.

Um 9,10 Uhr vormittags eröffnet der Vorsitzende die Verhandlung. Es folgen unmittelbar mehrere Anträge des Verteidigers Zbislawski. Der Verteidiger bittet in Anbetracht des Umstandes, das eine riesige Fülle von Material vorliegt und ein großer Zeugenapparat aufgeboten ist, um Zulassung des von der Verteidigung gestellten Stenographen Jung. Der Vorsitzende gibt zu wissen, daß das Gericht in dieser Hinsicht bereits Vorsorge getroffen und die Stenographen Emil Swiecina und Frl. Kamienicka angefordert hat, die ihre Plätze schon eingenommen hatten. Obgleich sich nach den Erklärungen des Verteidigers die Zulassung des Stenographen Jung unter den obwaltenden Umständen eigentlich erübrigt, gibt das Gericht dem Zusatzantrag auf Zulassung von Jung trotzdem statt. Nach erfolgter Vereidung konnten die Stenographen ihre Tätigkeit aufnehmen. Verteidiger Dr. Baj erwirkte danach die Vorladung des Direktors Wielinski von der „Bank Handlowy Warszawa, Abteilung Kattowitz". Direktor Wielinski soll Aufschluß über das Buchungsverfahren bei der Deutschen Bank, und zwar in der Eigenschaft als Sachverständiger geben. Die Vereidung der bereits anwesenden Buchsachverständigen Schiller und Busz aus Warschau war nicht erforderlich, da es sich um vereidete Gerichtsexperten handelt. In einem eingelaufenen Telegramm setzte der Sachverständige Sendel, Berlin, das Gericht darüber in Kenntnis, daß er z. Zt. an der Internationalen Konferenz teilnimmt und vor Sonnabend nicht eintreffen kann. Auf Antrag des Anwalts Dr. Brockmann, welcher mit dem Warschauer Zug verspätet eintraf, unterbrach daraufhin der Gerichtsvorsitzende die Verhandlung durch eine kurze Pause, am den beiden Verteidigern des Dr. Ebeling Gelegenheit zu einer Verständigung über weitere Antragstellungen usw. zu geben. Als Ergebnis dieser Unterredung gab Verteidiger Zbislawski bekannt, daß man auf den Sachverständigen Sendler nicht verzichten könne und eine besondere Stellungnahme zu dieser Sache noch zu einem gegebenen Zeitpunkt nehmen werde.

Nunmehr ging das Gericht an die Feststellung der Personalien der drei Angeklagten heran, worauf ein Teil der Zeugen aufgerufen wurde, deren Vernehmung für die ersten beiden Verhandlungstage vorgesehen ist. Die Verlesung der 90 Seiten umfassenden Anklageschrift erfolgte zuerst in polnischer, später in deutscher Sprache, wobei der Vorsitzende lediglich auf den eigentlichen Kernpunkt der Sache einging, was viel Zeitaufwand und Mühe ersparte und allgemeinen Anklang fand. Vorweg wurde auf die Zeugenvernehmung des Advokaten Polski, dem die Verteidigung des Beklagten Ogiermann obliegt, verzichtet.

Verhör der Angeklagten

Das Verhör der drei Angeklagten dauerte mehrere Stunden hindurch. Generaldirektor Dr. Ebeling machte die zu seiner Verteidigung notwendigen Erklärungen in einer ruhigen und bestimmten Art, die jedes Schuldgefühl des Angeklagten ausschaltete. Es erfolgte eine umfassende Darstellung über die Entstehung der Firma „Oswag". Bei diesem Unternehmen handelt es sich um die damalige Fürstlich Plessische Miedziankitfabrik in Mittel-Lazisk, die in den Kriegsjahren begreiflicher Weise gut florierte. Nach dem Kriege trat dann ein Rückschlag ein. Es wurden dann Maßnahmen getroffen, um unter Beteiligung anderer Firmen eine Aktiengesellschaft zu gründen, die auch günstige geschäftliche Erfolge zu verzeichnen hatte. Allmählich gestaltete sich die Situation wieder ungünstig. Mitaktionär wurde später Geheimrat Neumeier, der vor allem gute Beziehungen zur Bankwelt hatte. Man beschloß, den Fabrikbetrieb wie nur irgend möglich rentabel zu gestalten und verlegte sich auf Stickstoffgewinnung. Generaldirektor Dr. Ebeling wurde beauftragt, eine Rentabilitätsberechnung vorzunehmen. Er prüfte sorgältig die Preislage auf dem Stickstoffmarkt. Man stellte fest, daß arch ein kleiner Rückgang der Preise keinerlei wesentlichen Einfluß auf die Rentabilität haben konnte. Weiter wäre auch bekannt gewesen, daß der Stickstoffhunger der anderen Länder, sowie der Bedarf auf dem polnischen Inlandsmarkt noch lange nicht erschöpft gewesen ist. Für alle Fälle verabsäumte man nicht, sich an prominente Sachverständige zu wenden, um vor Einleitung entscheidender Schritte deren Meinung und Urteil einzuholen. Nachdem die Voraussetzungen gegeben waren, wurde beschlossen, an den Bau der Stickstoffabrik heranzugehen, die eine vorläufige Leistungsfähigkeit von 15 bis 20 Tonnen aufweisen sollte. Auf eine der vielen Zwischenfragen des Vorsitzenden erklärte Dr. Ebeling, daß die Ammonium G. m. b. H. in Schaffhausen (Schweiz) sich vor allem den Bau von Stickstoffanlagen zur Aufgabe machte. Die G. m. b. H. geriet dann in Schwierigkeiten, weil zwei Stickstoffabriken mit ihren Verpflichtungen im Rückstand blieben. In Gleiwitz befand sich eine Einkaufsgesellschaft, in welcher der Bruder des Angeklagten, Rudolf Ebeling als kaufmännischer Direktor tätig war. Dort wurden die Ingenieurpläne, Buchungsunterlagen für die Bauausgaben der Stickstoffabrik Wyrow angefertigt. Generaldirektor Dr. Ebeling erklärte auf eine diesbezügliche Frage, daß dies alles aus Zweckmäßigkeitsgründen zu billigen war, während der Vorsitzende darauf hinwies, daß eine solche Handhabung mit der Gleiwitzer Stelle vom geschäftstechnischen Standpunkt als nicht gerade günstig zu bezeichnen sei. Die erforderlichen Zeichnungen wurden dem Angeklagten, nach seinen weiteren Behauptungen zur Prüfung zugestellt und dann zwecks weiterer Disposition nach der Ammoniumfabrik Schaffhausen geleitet.

Generaldirektor Dr. Ebeling äußerte sich bei dem weiteren Verhör dahingehend, daß er sich jedweder unlauteren Handlung ferngehalten habe. Er will davon überzeugt gewesen sein, daß sein Antrag an das Nikolaier Kreisgericht hinsichtlich Erhöhung des Stammkapitals der Firma „Oswag" um 3½ Millionen Zloty in ordnungsmäßiger Weise, und zwar entsprechend dem Stand der Angelegenheit, erfolgt ist. Die Mitaktionäre hätten nach dem erfolgten Beschluß auf der Generalversammlung zum großen Teil bereits die Unterschriften gegeben. Dr. Ebeling betonte weiter, daß ihm fast ausnahmslos die Erledigung der technischen Fragen oblag und bat, soweit es sich um die finanzielle Seite der Angelegenheit handele, hier die erforderlichen Unterschiede gelten zu lassen, da sich bei allgemeiner Auffassung leicht Mißverständnisse ergeben könnten.

Dann wurde Dr. Ebeling über die Ursachen befragt, die dazu geführt haben mögen, um die Geschäftsaufsicht für die Firma „Oswag" zu beantragen. Darauf entgegnete der Befragte, das hierfür mannigfache Gründe vorgelegen haben. Eine Reihe von Firmen hielten die Zahlungstermine nicht ein. Auch stellten sich kolossale technische Schwierigkeiten ein. Die angeforderten Apparate wurden von den jeweiligen Firmen mit großer Verspätung angeliefert, was erhebliche Verzögerungen im Fabrikationsbetrieb nach sich zog. Dann setzte der strenge Winter 1928 mit der langanhaltenden Frostperiode ein. Es gab unvorhergesehene Betriebsstörungen, die durch kostspielige, langwierige Reparaturen behoben werden mußten.

Mit dem Buchungsverfahren hat Dr. Ebeling grundsätzlich nichts zu schaffen gehabt. Er verneint, irgendwelche Anweisungen solcher Art dem Mitangeklagten Ogiermann bezw. anderen kaufmännischen Beamten gegeben zu haben. Niemals sei von ihm angeordnet worden, Buchungen vorzunehmen, die dem tatsächlichen Stand der Dinge nicht entsprochen haben würden. Dr. Ebeling erklärt vielmehr davon überzeugt gewesen zu sein, daß die Buchungen ordnungsmäßig vor sich gingen, um so mehr, als ja der Revisionsbefund der Treuhandgesellschaft zu Klagen oder Bemängelungen keinerlei Anlaß gaben.

Der Angeklagte weist auch den Vorwurf entschieden zurück, Dokumente irgendwelcher Art vernichtet bezw. beiseite geschafft zu haben.

In finanziellen Angelegenheiten betrachtete sich Dr. Ebeling nicht als entscheidendes, sondern lediglich ausführendes Organ. Er hatte die jeweils getroffenen Anordnungen nach vorherigem Einvernehmen mit den Aktionären der Firma „Vermag", und zwar Pleß und Geheimrat Neumeier, auszuführen.

Zugelassen wurde dann, trotz Ablehnung der Verteidigung, der Sachverständige, Ingenieur Kwiatkowski, welcher entgegen den Behauptungen des Dr. Ebeling in Abrede stellt, daß seinerzeit die Konjunkturlage für Erzeugnisse der Firma „Oswag" günstig gewesen ist.

Der zweite Angeklagte, Direktor Ogiermann, behauptet, nur strikt nach den Direktiven des jetzt in Waldenburg tätigen kaufmännischen Direktors Ulig, und zwar in der Eigenschaft als leitender Buchhalter die Buchungen vorgenommen bezw. Anweisungen für die Unterbeamten gegeben zu haben. Zeitweilig erfolgten auch Anweisungen vom Gleiwitzer Büro. Die Buchungen erfolgten in der Regel auf Grund vorgelegter Unterlagen.

Der dritte Angeklagte, Bankdirektor Caspar, verneint gleichfalls jede Schuld. Er führte aus, daß in der Deutschen Bank eines Tages der damalige kaufmännische Direktor Ulig und Oberdirektor Treitschke vorsprachen und dort erklärten, daß das Kapital der Firma „Oswag" laut Beschluß der Generalversammlung um 3½ Millionen Zloty erhöht worden sei. Um Komplikationen aus dem Wege zu gehen, beantragte man bei der Bank einen kurzfristigen Kredit in dieser Höhe. Die Breslauer Zentralstelle der Bank gab sich in der Frage der Krediterteilung einverstanden. Irgendwelche Bedenken lagen nicht vor, um so mehr als Pleß jede Garantie gewährte und überdies Oberdirektor Nasse dem Aufsichtsrat der Bank angehörte. Unter solchen Umständen ging man keinerlei Risiko ein. Die Buchungen erfolgten sachgemäß, ohne irgendwelche Verschleierungen, was ja schon der Revisionsbefund des Staatsanwalts ergeben habe.

Was die Zeugen aussagten

Nach einer mehr als zweistündigen Unterbrechung wurde die Verhandlung nachmittags um 5 Uhr fortgesetzt. Das Gericht ging nunmehr an die Vernehmung der Zeugen heran. Es trat zunächst Bankdirektor a. D. Zmudzinski auf. Er wurde von dem derzeitigen Konkursverwalter der Firma „Oswag", Vizewojewoden a. D. Zurawski, als Sachverständiger für Konkurssachen herangezogen, um sein Gutachten über Buchführung und Geschäftsgang bei der Firma „Oswag" abzugeben. Nach seinen Darlegungen vor Gericht, müsse die Buchführung als unsachgemäß und ungenau bezeichnet werden. Einiges Erstaunen riefen bei den Ueberprüfungen, so führte Zeuge aus, die hohen Gläubigerforderungen hervor. Man forderte Buchungsunterlagen, die man trotz mehrfachem Ersuchen und öfterer Zusicherung, daß man sie bereitstellen solle, von der Direktion nicht erhalten konnte. Auf die Kreuzfragen der Verteidigung erklärte Zeuge, daß von den, im Anklageakt angeführten 40 Millionen Schulden, nur gegen 17 Millionen von der Konkursverwaltung anerkannt werden könnten. Im übrigen ergaben sich über die Art des Buchungsverfahrens bei Vernehmung dieses Zeugen erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Vizewojewode a. D. Zurawski vertritt in der Eigenschaft als Konkursverwalter bei „Oswag" den Standpunkt, daß die Firma kaum zu retten war. Verteidiger Zbislawski wirft bei dieser Gelegenheit ein, daß Zeuge sich einmal dahingehend ausgesprochen hätte, daß die Summe von ½ Million Zloty „Oswag" retten könne. An die Aeußerung will sich Zeuge jedoch nicht mehr erinnern. Angeklagter Ogiermann, so führte Zeuge weiter aus, sei ein arbeitsamer Beamter, jedoch bei Anforderung zweckmäßiger Auskünfte sehr zurückhaltend gewesen. Ein weiterer Teil der Aussagen war nicht zu erfassen, da Zeuge Zurawski leise und undeutlich sprach.

Zeuge, Advokat Dr. Rasp erklärte, daß Dr. Ebeling durch sein Verhalten und Verweigerung konkreter Angaben in Fragen der Geschäftsaufsicht eine gewisse Disharmonie heraufbeschwor, die auf Grund einer Eingabe an das Burggericht Nikolai noch eine Verschärfung erfahren habe, da Dr. Ebeling sich beleidigt fühlte. Dr. Ebeling wird vom Zeugen als großer Optimist bezeichnet, der bei seinen Dispositionen immer ein gewisses Risiko einging.

Verteidiger Dr. Brockmann, stellte im Interesse des Angeklagten Dr. Ebeling den Antrag auf Zulassung eines Dolmetschers zwecks Uebersetzung der Zeugenaussagen ins Deutsche. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, jedoch erklärte sich der Vorsitzende bereit, die Aussagen der Zeugen zu verdolmetschen, was dann auch geschah.

Vernommen wurde dann Dr. Bryl, der Vorsitzende des Gläubigerausschusses der „Oswag". Nach Ansicht dieses Zeugen ist der Zusammenbruch des Unternehmens hauptsächlich auf die eingetretene Preissenkung für die Produktion, sowie Verwendung zu hoher Summen für Investitionszwecke zurückzuführen. Dann bezeichnete Zeuge den Generaldirektor Dr. Ebeling als einen sehr befähigten Verwaltungsbeamten, nannte ihn aber gleichzeitig einen Optimisten, ja sogar Phantasten. Dr. Ebeling habe ihm vorgeschlagen, Mittel und Wege zu suchen, die Kriegslage im Fernen Osten im günstigen Sinne für die Firma „Oswag" auszuwerten. Hier sah sich Dr. Ebeling veranlaßt, zwecks Klarstellung der Sachlage, das Wort zu erbitten. Zunächst sprach er sein maßloses Erstaunen darüber aus, welche Beweggründe Zeugen dazu bewogen haben mögen, diese gewagten Behauptungen aufzustellen und ihn gar als Phantasten zu bezeichnen. Dr. Ebeling bemerkte beispielsweise das die Tschechoslowakei nach dem chinesisch-japanischen Kriegsschauplatz Kriegsmaterial geliefert habe und sein Vorschlag, für die sich in finanzieller Bedrängnis befindliche „Oswag" ein Absatzgebiet zu schaffen, auf einer durchaus realen Grundlage beruhte. Ebeling erachtete es sogar als seine Pflicht, dem Zeugen Dr. Bryl, der ja Vorsitzender des Gläubigerausschusses war, diese Möglichkeiten vor Augen zu führen, des weiteren auch dem Konkursverwalter, Vizewojewoden a. D. Zurawski.

Zeuge Oberst Jankowski äußerte sich dahin, daß er 3½ Jahr die Funktionen eines Direktors bei der Firma „Oswag" ausübte. Generaldirektor Dr. Ebeling erledigte ausnahmslos die technischen Angelegenheiten, und zwar zwecks Ankauf von Maschinen usw. meist auf Dienstreisen. Soweit ihm, Zeugen bekannt sei, hat Dr. Ebeling Geldgeschäfte nicht erledigt. In einem zugestellten Schreiben hat Dr. Ebeling in Anbetracht der Krisenlage bei den Investitionsarbeiten weitgehendste Einschränkungen vorzunehmen, um nicht zu hohe Kosten zu verursachen.

Zeuge, Buchhalter Josef Dreja, gab dann noch verschiedene Aufklärungen über das Buchungsverfahren und die Anlegung der Sonderkonten.

Der Sachverständige Sziller aus Warschau, der von der Verteidigung gestellt wurde, gab Ursache zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Er erregte durch sein etwas ungestümes Verhalten den Unwillen des Vorsitzenden, der ihn verwarnte und ihm zu wissen gab, daß er sich unmöglich so gebärden könne, wie ein Vortragender in einem Hörsaal.

Nach Vernehmung eines weiteren, unwesentlichen Zeugen wurde die Verhandlung um 10 Uhr abends abgebrochen. Der Prozeß wird am heutigen Donnerstag um 9 Uhr fortgesetzt.

y.

Polnisch-Schlesien

Eine „Schlacht" zwischen Pfarrer und Pfarrkindern

Diesmal wollen wir auch über andere Glaubensbekenntnisse erzählen und zwar über die griechisch-orthodoxe Pfaffenherrschaft, die wie ein Alp auf der Bauernbevölkerung lastet und ihre geistige Entwicklung hemmt. Die Zustände in der griechisch-orthodoxen Kirche, die in den östlichen Wojewodschaften stark vertreten ist, sind unhaltbar geworden und die Pfarrkinder lehnen sich nicht selten gegen die Pfaffendiktatur auf. Schon so manches Pfarrhaus wurde demoliert und mancher Pfarrer verprügelt, wenn er sich zu viel erlaubte. In Beruchow, bei Luck, ist es zu einer förmlichen Schlacht zwischen dem Hirten und der Schafsherde gekommen, wobei zahlreiche Verletzte zu beklagen sind.

Der Pope Anatolem Nieizwiestszyn in Boruchow war nie satt zu bekommen. Er belegte seine Pfarrkinder mit verschiedenen Abgaben zugunsten der Kirche, aber diese Abgaben wanderten in seine Taschen, die niemals gefüllt werden konnten. Während die Bauern hungrig, ohne Hemd und barfüßig in der Kälte herumlaufen, führte der Pope ein ausschweifendes Leben. Der „Czysty" schmeckte ihm vorzüglich und er vertilgte davon unheimlich viel. Das war aber noch das kleinere Uebel, denn der Pope lebte auch sonst in Saus und Braus und liebte die „Nächsten" mit Ausnahme des „starken Geschlechts" natürlich. Schließlich war das Leben des Popen der sonst so geduldigen Schafsherde zuwider und sie beschloß dem lustigen Popen an die Pelle zu rücken. Zuerst hat man sich vorgenommen, den Popen überhaupt nicht in die Kirche hereinzulassen, das ist aber nicht gelungen. Die Schwächeren wichen beim Anblick des Popen und selbst die Mutigen wurden ein wenig unsicher und der Pope schob sie zur Seite.

Die frommen Bauern haben doch Mut geschöpft und beschlossen am vergangenen Sonnabend die Kirche vor dem Pfarrer zu sperren. Es wurden mehrere starke Schlösser beschafft und die Kirchentür abgesperrt. Da der Appetit sich gewöhnlich bei der Mahlzeit einzustellen pflegt, so wurde nach der Kirchensperrung ein Generalangriff auf die Pfarrei unternommen. Mehrere hundert Bauern rückten mit Knüppeln und Steinen bewaffnet gegen das Pfarrhaus vor. Große Steine flogen gegen die Fensterscheiben des Pfarrhauses und bald waren alle Fenster eingeschlagen, aus „lauter Liebe" zu dem „guten Hirten". Pfarrer Nieizwiestszyn wollte sich jedoch nicht ergeben, sondern griff zum Revolver. Hinter einer Wand versteckt feuerte er mehrere Schüsse in die gottlose Schafsherde. Ein Angreifer, der tödlich verwundet wurde, fiel zu Boden. Es war das ein gewisser Semen Lozinka, der in das Krankenhaus nach Luck geschafft werden mußte. Trotz der Schüsse wichen die Bauern nicht von der Stelle, sondern bombardierten die Pfarrei weiter. Der Pfarrer hatte zu wenig Munition für seine „geliebten Schäflein" und zog vor, mit ihnen zu unterhandeln. Zu diesem Zwecke kroch er aus seinem Versteck hervor und erschien plötzlich vor den verdutzten Bauern. Er hoffte, daß die Bauern stutzig werden, und daß es ihm gelingt, zu entkommen. Er hat sich aber verrechnet. Wohl sind im ersten Augenblick die Bauern stutzig geworden, aber sie erholten sich bald und gingen zum Angriff.

Ein Stein flog gegen den geweihten Kopf des Pfarrers, ein Knüppel verbesserte den Steinwurf und ein anderer Teil der Angreifer drang in die Pfarrei ein. Die Knüppel sausten wie die Dreschflegel gegen den geweihten Kopf des Pfarrers und bald lag der Diener Gottes auf der Erde. In demselben Moment erschien eine Polizeiabteilung die von jemandem geholt wurde. Die Polizisten nahmen sich des Pfarrers an und retteten ihn vor den wilden Schlägen seiner Pfarrkinder, die ihn sicherlich erschlagen hätten, so sehr sie ihn „geliebt". Der Pfarer war so zugerichtet, daß er nach Luck geschafft werden mußte. Eine Reihe von Bauern hat die Polizei verhaftet. Nun liegen zwei Angreifer in dem Krankenhaus, zusammen mit dem Pfarrer. Sie können sich über die „Nächstenliebe" weiter unterhalten, die vor dem Pfarrhause von beiden Teilen eindrucksvoll bekundet wurde.

Die Arbeitslosenhilfsaktion im Kreise Kattowitz

27000 Arbeitslose im Kreise Kattowitz — 580400 Zloty Barunterstützung ab 1. Januar
Die Kinderspeisungen in den Volksschulen — Die Direktoren haben eine Kommission gewählt
2578 Arbeitslose erhalten die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung

Das Arbeitslosenhilfskomitee für den Kreis Kattowitz veröffentlicht einen Bericht über die Hilfsaktion im Kreise Kattowitz. Es werden Zahlen veröffentlicht, die auch unsere Leser interessieren dürften. Nach diesem Bericht, bestehen neben dem Kreishilfskomitee

22 lokale Hilfskomitees,

in den einzelnen Gemeinden. Die Lokalhilfskomitees leiten in den einzelnen Gemeinden zusammen mit den Gemeindeverwaltungen die Hilfsaktion. Sie besteht darin,

das Lebensmittel und Barunterstützungen

an die Arbeitslosen verteilt werden. Selbstverständlich bemühen sich die lokalen Komitees, um die Beschaffung von Mitteln, die jedoch in den letzten Monaten mit argen Schwierigkeiten verbunden war. Die Bevölkerung ist ausgepumpt und kann unmöglich helfen, weil sie selbst hilfsbedürftig ist und sich selbst kaum mehr helfen kann.

Die Hilfskomitees legen Gewicht auf die

Erhaltung der Arbeitslosenküchen,

die von den Armen stark in Anspruch genommen werden.

Im Kreise Kattowitz bestehen insgesamt 27 Armenküchen, die jeden Tag 26 500 Mittagsportionen für 15 000 Arbeitslose und 11 000 Familienangehörige der Arbeitslosen austeilen.

Großes Gewicht wird auf die Verteilung von Lebensmitteln an die Arbeitslosen gelegt. In diesem Jahre bis Ende Oktober, haben die Hilfskomitees an die Arbeitslosen

2 Millionen Kilogramm Mehl und Brot verteilt. Weiter wurden 875 000 Kaffeewürfel, 5000 Kilogramm Reis, 10 500 Kilo Erbsen, 260 Faß Heringe und 1000 Stück Seife ausgeteilt.

Parallel mit dieser Hilfsaktion wird die Kinderspeisungsaktion in den Volksschulen geführt. Sie besteht darin, daß die Kinder in den Schulen Semmel, Milch, Kaffee bezw. Kakao zum Frühstück erhalten.

15 000 Schulkinder werden in den Volksschulen im Kreise Kattowitz gespeist.

Für diese Zwecke wurden 50 000 Kilogramm Zucker verbraucht, der steuerfrei geliefert wird, weil das Finanzministerium auf die Steuer verzichtet hat.

Weiter kommt die Barunterstützung in Betracht, die sich jedoch in bescheidenen Grenzen bewegt. Die Lebensmittelhilfsaktion geht vor der Geldaktion. Das Hilfskomitee für den Kreis Kattowitz hat im Kreise

27 969 Arbeitslose festgestellt.

Von diesen beziehen die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung 2578 Arbeiter. Der allgemeinen Hilfe fallen die übrigen, rund 25 000 Arbeitslose zur Last, die nebstdem noch von den Gemeinden unterstützt werden, soweit das die Mittel erlauben. An alle Arbeitslosen ab 1. Januar bis Ende Oktober wurden

480 400 Zloty Barunterstützung

ausgezahlt. Die Kartoffelnzuwendungen, als auch die Kohlenaktion, leitet das Wojewodschaftshilfskomitee direkt. Das Kreishilfskomitee finanziert die Armenküchen und weist auch Barbeträge an die Lokalhilfskomitees zu, die auch von den Gemeinden finanziert werden. Die Kattowitzer Kommunalsparkasse hat an das Hilfskomitee 20 000 Zloty überwiesen.

Liest man den Bericht, so gewinnt man den Eindruck, daß für die Arbeitslosen sehr viel getan wird. Zwei Millionen Kilogramm Mehl, 26 500 Mittagsportionen täglich, 10 000 Kilogramm Erbsen und 480 400 Zloty Barunterstützung. Natürlich macht das einen Eindruck auf den Leser dieses Berichtes. In Wirklichkeit sind das

recht bescheidene Zahlen,

wenn man die Zahl der Arbeitslosen diesen Zahlen gegenüberstellt. Das Hilfskomitee hat im Kreise 27 969 Arbeitslose festgestellt und das mag hier gelten. Man soll nicht vergessen, daß die meisten Arbeitslosen zahlreiche Familien zu Hause haben und wenn wir diese Zahl selbst nur mit 3 multiplizieren,

so ergibt das schon gegen 100 000 Personen, die auf die öffentliche Hilfe angewiesen sind.

Wenn an diese 100 000 Menschen in 10 Monaten 2 Millionen Kilogramm Mehr verteilt wurde, so erhielt eine jede Person pro Monat 2 Kilogramm Mehl und das ist doch wirklich nicht zuviel, denn das ißt der Arbeiter in 2 Tagen auf. Daraus geht doch klar hervor, daß trotz dieser Hilfsaktion die Arbeitslosen vor Hunger nicht geschützt werden können.

Das Wojewodschaftshilfskomitee hat festgestellt,

daß die Herrn Direktoren für die Arbeitslosen persönlich nichts leisten.

Man hat die Herrn Direktoren zu einer Konferenz eingeladen und ihnen klargelegt, daß sie auch etwas für die Armen tun müssen. Die Konferenz hat im Wojewodschaftsamt stattgefunden und die Herrn Direktoren haben weit und breit über die Hilfsaktion debattiert. Zuletzt haben sie eine Kommission gewählt, die über die Hilfsaktion weiter debattieren wird. Es ist damit zu rechnen, daß die Herrn Direktoren die Angestellten und Arbeiter zugunsten der Arbeitslosen besteuern werden. Ob sie aber selbst was geben werden, ist mehr als fraglich.

Ein frommer Wunsch der „Polska Zachodnia"

Es ist kein Geheimnis, daß die „Polska Zachodnia" ihre Lebensexistenz nur noch aus „Enthüllungen" aus dem deutschen Lager bestreitet, um damit die Vorgänge im Lager der „moralischen Sanation" um so besser totschweigen zu können. Abwechselnd, um die Langeweile ihrer Leser nicht zu überspannen, kommt jede Richtung der deutschen Minderheit einmal dran. Nachdem die „Polska Zachodnia" vor Wochen die D. S. A. P. bereits „begraben" hat, kommt jetzt wieder der Genosse Kowoll dran, um ihm in einer Resolution der Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes zu bestätigen, daß die Gewerkschaften seinen Rücktritt fordern, d. h. ein, in der der Partei „unbefriedigter" Hochstapler, der sich meisterhaft verstanden hat, in die Gewerkschaften einzuschleichen, um daraus ein schönes „Geschäftchen" zu machen. Uns sind die Vorgänge erst in diesen Tagen bekannt geworden, so bedeutsam war die Resolution, daß sie noch niemandem unterbreitet wurde, sondern Geheimnis des Hochstaplers Adamus geblieben ist, den wir inzwischen auch aus der Partei herausgeworfen haben. Ueber die Angriffe, die auf der fraglichen Bergarbeiterversammlung gefallen sind, werden wir jenem Hochstapler Gelegenheit geben, sie gerichtlich zu beweisen. Als famoser „Doktor", hat sich fraglicher Adamus mit radikalen Phrasen einzuführen gewußt und hat selbstverständlich Gesinnungsfreunde vom gleichen Wert gefunden und zwar in Nickischschacht, wo wir die Parteifiliale aus Unstimmigkeiten aufgelöst haben.

Zur Beruhigung der „Polska Zachodnia" können wir versichern, daß weder der Bergarbeiterverband, noch der Metallarbeiterverband mit jenem Adamus etwas zu tun hat, daß er jedenfalls von den Leitungen des Verbandes keinen Auftrag hatte, es sei denn von geistesverwandten Seelen, die ja noch reichlicher im Lager der moralischen Sanacja zu finden sind. Natürlich muß die „Polska Zachodnia" sofort „Geheimnisse" vermuten und stellt fest, daß Schweinereien zu verdecken sind, gewiß, damit verwechselt wohl die „Polska Zachodnia" die Schweinereien eines gewissen Abgeordneten, der ganze Zollschiebungen gemacht hat, ohne daß die „Polska Zachodnia" bisher sich zu der Frage geäußert hat. Warum denn nur ins deutsche Lager leuchten, wenn die Schweinereien in eigener Moral zum Himmel stinken! Wollten wir auf das Niveau der „Polska Zachodnia" steigen, so wäre es uns ein leichtes, auch Resolutionen für uns zu fabrizieren und zu veröffentlichen, wie es bei sonstigen Gelegenheiten die fromme Regierungstante für ihre Herrschaften zu tun beliebt, um des „Volkes Treue" zu beweisen. Nun, die „Enthüllungen" der „Polska Zachodnia" bestätigen nur daß ihre meisterhaften Verleumdungen auch Früchte tragen, und verwandte Seelen finden sich immer, die dann als Helden gefeiert werden, einen von diesen hat nun die „Polska Zachodnia" für sich gewonnen.

Der „Volkswille" vor Gericht

Am gestrigen Tage hatten sich vor den Kattowitzer Gerichtsschranken eine Reihe von Pressesündern zu verantworten. Der „Volkswille" darf doch auch nicht fehlen, wenn es heißt, über das Geschriebene Rechenschaft abzulegen. Redakteur, Genosse Raiwa hatte sich vor der Strafkammer wegen des Leitartikels „Faschistische Frucht", zu verantworten. In diesem Artikel wurde der italienische Diktator Mussolini als der Mörder an dem Genossen Matteotti bezeichnet. Der Staatsanwalt erblickte in diesen Zeilen ein großes Vergehen, indem man einen Premier eines Landes als Mörder hinstellt. Aus diesem Grunde erfolgte auch die Anklage. Genosse Raiwa vertrat den Standpunkt, daß er sich keiner Schuld bewußt fühlt, wenn er über Menschen aus anderen Ländern schreibt. Auch sieht er keinen Grund zur Bestrafung, da doch Mussolini keinen Strafantrag gestellt hat. Anklagevertreter und Richter sahen sich genötigt die Angelegenheit niederzuschlagen, da Mussolini keinen Strafantrag gestellt hat.

In weiteren Fällen hatte sich Redakteur Genosse Pielorz zu verantworten, zunächst wegen des Artikels „Polizeiaufgebot gegen Arbeitersportler", im zweiten Falle wegen des am 7. Juli 1932 erscheinenden Artikels, „Wer ist verantwortlich?" Der Artikel behandelte die Ost-Oberschlesische Krise, sowie die Folgen der Teilung Schlesiens. Der am 19. Juli 1932, im Volkswille erschienene Artikel, „Die Generalpleite in der polnischen Kohlenindustrie", gefiel ebenfalls dem Pressezensor nicht und wurde beschlagnahmt. In allen drei Prozessen wurde Genosse Pielorz nicht verurteilt, da die Anklagen auf Grund der Amnestie, dem Staatsanwalt zur Niederschlagung überwiesen wurden.

Kattowitz und Umgebung

Kostenlose Schuhreparaturen an Arbeitslose. Die Tschechoslowakische Schuhfirma „Bata", Filiale Ring Kattowitz, hat dieser Tage an das städtische Arbeitslosenhilfskomitee ein Schreiben übermittelt, wonach sich die Firma bereit erklärt, allwöchentlich kostenlose Reparaturen von 5 Paar Schuhen für die hiesigen Arbeitslosen vorzunehmen. y

Geschäftseinbruch im Stadtinneren. Unbekannte Einbrecher zertrümmerten die Schaufensterscheibe des Geschäfts Jakob Blum auf der ulica Kosciuszki 10 in Kattowitz und stahlen dort u. a. mehrere Blechdosen mit Lack und eine Menge Pinsel. Der Gesamtschaden wird auf 200 Zloty beziffert. Den Tätern gelang es mit der Diebesbeute zu entkommen. Die Polizei warnt vor Ankauf des Diebesgutes. x.

Königshütte und Umgebung

Abschluß der diesjährigen Bauzeit.

Mit dem Eintreten der kalten Zeit wurde der gesamten Bauzeit in der Stadt ein Ende gesetzt. Leider muß die diesjährige Bautätigkeit gegenüber den früheren Jahren als geringfügig bezeichnet werden, was auf den allgemeinen Geldmangel zurückzuführen ist. Neben der Ausführung einiger kleinerer Privatbauten, sind größere Bauten außer dem Bau der neuen Kirche neben dem städtischen Krankenhaus nicht hergestellt worden. Hinausgeschoben auf weite Sicht wurde der Bau eines Gerichtsgebäudes, der städtischen Badeanstalt und anderer Gebäude. Nach den bisherigen Aussichten werden auch im nächsten Jahre diese Pläne nicht ausgeführt werden können. Die gegenwärtige Wirtschaftslage gibt keine Gewähr dafür. Die Stadtverwaltung hat sehr schöne Pläne zusammengestellt, doch lassen sie sich, weil kein Geld vorhanden ist, nicht in die Tat vorläufig umsetzen.

Trotzdem wollen wir nicht unberücksichtigt lassen, daß in diesem Jahre größere Bauten, wie die Weitervollendung der Kasernen, des polnischen Volkshauses, in Angriff genommen wurden. Ganz fertiggestellt, wurde das große deutsche Minderheitsgymnasium und seinem Zweck übergeben. An alle weiteren Arbeiten wird im nächsten Jahre herangegangen werden. Sollte im nächsten Jahre eine Besserung der städtischen Finanzen eintreten, was aber kaum zu erwarten ist, dann will die Stadtverwaltung in erster Linie an die Errichtung einer Freischwimm-Badeanstalt auf dem bereits erworbenen Gelände an der Stadtgrenze an der ulica Niedurnego herangehen. Damit würde einem dringenden Bedürfnis und langem Wunsch der dortigen Bevölkerung Rechnung getragen werden. t.

Pfarrer Schweinoch wittert Gefahr. „Unser" Chorzower Pfarrer mit dem schönen Namen, Schweinoch, hat eine neue Gefahr entdeckt, die darin bestehen soll, daß einige Chorzower Arbeiter ihre Kinder nach Königshütte in die Kinderfreunde schicken. Gewiß ist Chorzow ein wenig von Königshütte entfernt, aber die Arbeiter gehen von der Voraussetzung aus, daß es besser ist, die Kinder nach Königshütte zu schicken, als sie dem Einfluß der Straße auszusetzen. Dort sind die Kleinen ganz gut aufgehoben, lernen etwas und verbringen auch sonst nützlich die Zeit. Das hat aber Pfarrer Schweinoch erfahren und er regt sich darüber im „Gosc Niedzielny" auf, woselbst eine „Warnung" veröffentlicht wurde. In dieser „Warnung" lesen wir folgendes: „Wir beten nach der Intention des Erzpriesters um eine gute Erziehung der Kleinen und da müssen wir hören, daß auch von unserer Pfarrei manche Eltern ihre Kinder in die Kindergärten und Spielschulen schicken, woselbst die Kinder von Anfang gleich Haß gegen die Geistlichkeit, die Kirche, Religion und Gott lernen. O wehe solchen Eltern, die die Seelen eigener Kinder der Vergiftung preisgeben!" Pfarrer Schweinoch ist mit dem Urteil sofort zur Hand und bezeichnet die Kinderfreunde als „Gift", woselbst die Seelen der Kinder angeblich vergiftet werden. Pfarrer Schweinoch schweigt aber wie ein Stein, wenn die Kapitalisten die Arbeiter durch Stillegung von Betrieben und Arbeiterreduzierungen, die armen Kinder dem Hungertode preisgeben. Das ist nach der „Intention der Priester" gestattet, denn das ist die „göttliche Weltordnung", die der Klerus stützt und verteidigt. Nehmen sich aber die Arbeiter ihrer Kinder an und schicken sie in die Arbeiterspielschulen, so säen sie dadurch Haß zu den Priestern der heutigen Weltordnung, die das arbeitende Volk aushungert. Pfarrer Schweinoch bildet eben einen Pfeiler in dieser kapitalistischen Weltordnung, die den armen Kindern den Brotkorb in die Höhe gezogen hat.

Oh, diese Dämchen. Der Josef K. von der ulica Krakowska in Bismarckhütte unternahm eine ausgedehnte Bierreise und landete schließlich in einem Lokal an der ulica Ligota Gornicza. Hier lernte er eine Frauensperson kennen und setzte mit ihr das Zechen fort. Daraufhin begab er sich in ihre Wohnung. Wie er aus derselben herausgekommen ist, weiß er nicht anzugeben, doch stellte er fest, daß ihm 60 Zloty und 25 Reichsmark fehlten. Der Verdacht richtet sich gegen eine gewisse A., doch da sich in der Wohnung noch andere Frauenspersonen befunden haben, muß erst die Untersuchung ergeben, wer das Geld von ihnen entwendet hat. f.

Der Sarg auf dem St. Hedwigsfriedhof. Gestern früh gegen 9 Uhr fand der Friedhofswächter von St. Hedwig auf dem Friedhof neben einem frischen Grabe einen Sarg, in dem sich eine etwa 3 Tage alte Leiche in weißer Kleidung befand. Da die Geburt wie auch ein Sterbefall im Standesamt nicht angemeldet wurde, ist anzunehmen, daß es sich um ein uneheliches Kind handelt, daß auf diese Weise entledigt werden sollte. Zweckdienliche Angaben, die zur Aufklärung des Falles führen können, sind an die Königshütter Kriminalpolizei zu richten. k.

Weitere „Arbeitslosenheringe“. Der Stadtverwaltung wurden weitere 160 Fässer Heringe durch das Wojewodschaftskomitee zwecks Verteilung an die Erwerbslosen und Kurzarbeiter zugesprochen, und hat davon einen größeren Teil schon zur Verteilung gebracht. Trotz der verschiedensten Beanstandungen bleibt der Stadtverwaltung nichts übrig, als die Heringe an den Mann zu bringen. Sie will andererseits Niemanden zur Abnahme zwingen, aber einen Ersatz in Form von anderen Lebensmitteln gibt es nicht. — Um allen den unliebsamen Vorfällen von vornherein entgehen zu können, man den Austausch nicht in Heringen, sondern in Schmalz vornehmen sollen. An den Fettigkeiten hätte niemand Anstoß genommen und den Arbeitslosen damit viel mehr gedient wäre. Hoffentlich hat man aus den bisherigen Fehlern etwas gelernt und wird für die Zukunft einen besseren Austausch vornehmen. k.

Siemianowitz

Aus der letzten Magistratssitzung in Siemianowitz.

10 000 Zloty für arme Schulkinder als Weihnachtsgabe bewilligt. Einbringung eines Projektes zur Neuregelung der Wasserabgaben.

In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Magistrats kamen wichtige Anträge zur Beratung. Allerdings wurde die Frage der Weihnachtsbeihilfe für die Arbeitslosen nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Wahrscheinlich will man damit warten, bis etwas bestimmtes von der Wojewodschaft vorliegt.

Eingangs der Sitzung wurde die Zuteilung der Teilarbeiten bei der Fertigstellung des Schulneubaues auf der ul. Matejki bekanntgegeben.

Die Legung der Fliesen auf den Korridoren wurden an zwei Fachleute, welche das niedrigste Angebot stellten, Becker und Schier aus Siemianowitz für den Preis von 840 Zloty vergeben. Die Arbeiten werden unter Leitung des städtischen Bauamtes ausgeführt. Das Material stellt der Magistrat. In der gleichen Weise wurden die Betonarbeiten der Firma Richter, Siemianowitz für den Preis von 880 Zloty vergeben.

Die städtische Schwimmhalle wird am 15. Dezember vorübergehend gesperrt wegen Ausführung von größeren Reparaturen, wie Kesselreinigung, Malerarbeiten und ähnlichem.

Die Badeanstalt hat sich im laufenden Jahre aus eigenen Mitteln halten können und hat seit dem 1. Juli d. Js. einen Reingewinn von 1500 abgeworfen. Die Unterbrechung des Betriebs dürfte ungefähr 3 Wochen dauern und die Ausgaben hierfür betragen zirka 400 Zloty.

Ein Antrag der hiesigen Fleischer- und Wurstmacherinnung, das Standgeld auf den hiesigen Wochenmärkten für auswärtige Fleischer um 100 Prozent zu erhöhen, wurde nach einer eingehenden Aussprache grundsätzlich abgelehnt. Die Herren Fleischer, welche anscheinend noch zu wenig verdienen, stört diese auswärtige Konkurrenz ungemein, denn sie müssen darum so ziemlich anständig bleiben mit ihren Preisen. Sie begründen ihre Forderung damit, daß in Scharley ebenfalls so gehandhabt wird. Bis jetzt wird von den Markthändlern 50 Groschen pro Quadratmeter und ein Zuschlag von 25 Groschen für den Arbeitslosenfonds erhoben. Nach unserer Meinung könnten wohl die Fleischer und ähnliche Gewerbetreibende, welchen es in der heutigen Zeit noch gut geht, eine Erhöhung des Standgeldes zugunsten der Arbeitslosen vertragen, aber alle, nicht nur die auswärtigen.

Im übrigen ist eine scharfe Konkurrenz auf diesem Gebiete für die ärmere Bevölkerung nur von Vorteil.

Beschlossen wurde ferner, für zwei Akademiker ein Stipendium von je 600 Zloty zu bewilligen. Die Zuteilung soll durch das Kuratorium erfolgen. Im Budgetpräliminar war aus Sparsamkeitsgründen kein Betrag für diese Zwecke vorgesehen.

Für einen Kongreß der Kriegsblinden aus den Wojewodschaften Pommern, Posen und Oberschlesien, welcher in Kattowitz abgehalten wird, ist eine Subvention von 50 Zloty bewilligt worden.

Zur Ausgestaltung der Weihnachtsfeiern für die armen Schulkinder ist ein Betrag von 10 000 Zloty ausgeworfen worden. Hierbei ist der Vorbehalt gemacht worden, daß die zugewiesenen Gelder auf keinen Fall für Süßigkeiten und Weihnachtsnaschwerk verwendet werden dürfen. Diese Gelder sind ausschließlich zum Ankauf von Bekleidungsmaterial bestimmt.

Der gewählte Bürgermeisterstellvertreter, Abgeordnete Paul Kuzma, ist jetzt vom Ministerium bestätigt worden und wird an der nächsten Stadtverordnetenversammlung in sein Amt eingeführt werden. Der Antrag auf Aenderung der Wasserabgaben wurde durch das sozialistische Magistratsmitglied eingereicht, mußte wegen vorgerückter Zeit jedoch bis auf die nächste Sitzung in kommender Woche vertagt werden. Aus dem Projekt ist erwähnenswert, daß es eine scharfe Abgrenzung nach Punkten vorsieht und zur Regelung und Verteilung des Wassergeldes auf die einzelnen Mieter ein Vertrauensmännersystem innerhalb der Hausmieter vorsieht.

Auch die Erfassung der großen Wasserverbraucher soll schärfer gehandhabt werden. Wenn man bedenkt, daß die Wasserversorgung ein Zuschußbetrieb der Stadt ist, so ist eine Neuregelung nur zu begrüßen.

Für die Arbeitslosen scheint es mit der Weihnachtseinbescherung keine Eile zu haben. Hoffentlich hört man bei der nächsten Sitzung etwas mehr davon. —o.

Einen Schulknaben unschuldig blutig geschlagen. Der 10jährige Schulknabe Huczalla wurde am vergangenen Sonnabend von einem Erwachsenen namens Kraj unschuldigerweise derart geschlagen, daß er stark blutete. Der Grund hierzu war folgender: Am Vortage wurde die Schülerin Kraj nach Schulschluß auf dem Nachhausewege von einem anderen Schüler namens Schymalla mit einem Stein getroffen. Das Mädchen beschuldigte jedoch den Huczalla als den Täter und der erwachsene Bruder der Kraj lauerte darum dem kleinen Huczalla in der Nähe der Schule auf und mißhandelte ihn auf rohe Weise. Der Schulrektor ermittelte als den Steinwerfer den betreffenden Schymalla. Der Vater des verletzten Huczalla wollte daraufhin den Kraj zur Rede stellen, wobei seine Frau drohte, ihr Mann war beim Militär und erschießt ihn wie einen tollen Hund. Der bedrohte Huczalla erstattete Anzeige bei der Polizei. r.

Strafe wegen Schulversäumnis aus Mangel an Bekleidung. Eine sechsköpfige Arbeitslosenfamilie, welche aus Mangel an Bekleidung ihre zwei schulpflichtigen Kinder schon drei Monate nicht in die Schule schicken kann, hat kürzlich 10 Zloty Strafe wegen dieser Versäumnis erhalten. Wie groß die Not einer solchen Arbeitslosenfamilie ist, davon soll hier ein Bild wiedergegeben werden. Der Mann, schon seit 1924 mit einer kurzen Unterbrechung arbeitslos, ist Kriegsinvalide und bedarf der Pflege. Die zwei schulentwachsenen Kinder haben noch nicht einen Groschen zum Haushalt beisteuern können, weil sie noch keine Arbeit erhalten konnten. Mit einer Wochenunterstützung von 7.50 Zloty und einer Monatsbeihilfe von 12 Zloty, muß die Familie leben und sechs Personen bekleiden. Die Mutter hat schon alle eigenen Bekleidungsstücke für die Kinder verarbeiten müssen. Anträge auf Zuweisung von Material für Wäsche blieben erfolglos. Nun, da die Kinder nicht barfuß und zerrissen zur Schule gehen können, ist man mit einem Strafmandat schnell bei der Hand. Und wenn man nicht zahlen kann, so wird es wohl dazu kommen, daß der kranke Familienvater auch noch diese Strafe absitzen muß. Hoffentlich sieht sich das Arbeitslosenamt diese Zustände, welche nicht vereinzelt dastehen an und bringt rasche Hilfe. Jetzt zur Weihnachszeit ist ja eine besondere Hilfsaktion geplant und da müssen die wirklich Notleidenden besonders bedacht werden. o.

Myslowitz

Was der Myslowitzer Magistrat beschloß.

Wichtige Beschlüsse.

Die letzte Magistratssitzung in Myslowitz brachte interessante Punkte zur Beratung. U. a. wurde beschlossen in Sachen des Mieterschutzgesetzes einige Beisitzer in das Schiedsgericht zu wählen, die für das kommende Jahr 1933 in Mietssachen zuständig sind. Folgende Herren sind in das Schiedsgericht von seiten der Mieter gewählt worden: Koserczyk, Klemens, Majer, Oczadlo, Paluschinski, Strotke, Zymle, Janiga, Frychel, Nowakowski, Kulczynski, Hoinkis, Slonka und Lipp. Von seiten der Hausbesitzer sind folgende Herren dem Schiedsgericht zuständig: Bojanowski, Folga, Galwas, Chmiel, Garczarzyk, Kiedron, Kufietta, Sesa, Palusinski, Dombrowa, Jmieolczy, Zymelka und Tyrol.

Für die Beisitzer wurde eine Entschädigungssumme bei Sitzungen, festgesetzt, die für eine Stunde bis drei Stunden 3 Zloty und darüber heraus 5 Zloty betragen wird. In der weiteren Beratung beschloß man den Zinssatz für Kommunalsteuern zu den staatlichen Einkommensteuern, die nächstes Jahr gezahlt werden müssen auf der Basis nach dem Gesetz von 1932 innezuhalten. Bei einem Einkommen von 1500 bis 2400 Zl., gleich 3½ Prozent von 2400 bis 8000 Zloty gleich 4 Prozent und über 8000 hinaus zu 4½ Prozent mit 3 Prozent Zuschlag laut Skala Artikel 111 der maßgebenden Statuten, ferner kam man einem Antrag der Schuldeputation nach, worin ein Kredit von 8000 Zloty bewilligt wurde, der zum Einkauf von Kleidern, Schuhen usw. für Kinder der bedürftigsten Arbeitslosen anläßlich der bevorstehenden Weihnachtseinbescherung Verwendung finden soll. Bezüglich der Wasserzuführung und auch des Abflusses in der städtischen Kolonie hat der Magistrat laut Dekret besondere Rechte vorbehalten. Ferner auch das Recht der Zuführung von Gewässern in die schwarze Przemsa, die von 6 Kanälen von Ost und West den städtischen Abfluß aufnimmt. Einige größere Renovationsarbeiten sollen von seiten des städtischen Bauamtes ausgeführt werden. Zunächst übernimmt das Bauamt sämtliche Ausbesserungen in den städtischen Bauten, inbegriffen sind auch Klempnerarbeiten. Ebenso wird das Feuerwehrdepot einer gründlichen Renovation unterzogen. Desgleichen Volksschule 1 und 2. Zum Schluß wurde in Vorschlag gebracht, den besten Schülern des Gymnasiums das Schulgeld zu erlassen oder teilweise zu ermäßigen. —ek.

Janow. (Forderung der Arbeitslosen.) Die Arbeitslosen der Gemeinde Janow sind an den Gemeindevorsteher mit der Bitte herangetreten, für den kommenden Winter von den Pflichtarbeiten befreit zu werden, da wie sie angeben infolge der schlechten Bekleidung zu sehr unter der Kälte leiden müssen. Hoffentlich wird die Gemeinde diesem Wunsche der Arbeitslosen nachkommen, da diese Bitte wohlverständlich ist. —ek.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Ausschußsitzung der Freiwilligen Sterbekasse in Bismarckhütte.

Sonntags fand eine Ausschußsitzung der Freiwilligen Sterbekasse der Arbeiter der Bismarckhütte statt. Dieselbe wurde in dem, der Sterbekasse gehörenden Lokal in Königshütte, ulica Gimnazjalna 35, abgehalten. Gleich zu Anfang wurde das Antwortschreiben der Regierung vorgelesen, welches auf das Gesuch des Vorstandes die Registrierung, nach Paragraph 22 zu genehmigung, eingetroffen ist. Das Ministerium teilt darin mit, der Vorstand hätte einen technischen Plan anfertigen lassen, mit einer mathematischen Berechnung durch einen Mathematiker, ob die Kasse lebensfähig ist. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Rechtsanwalt Dr. Ziolkiewicz zu übergeben, welcher die Sachen für die Kasse bearbeitet. Die Besprechung einer eventuellen Erhöhung des Sterbegeldes ergab, beim alten Satz zu bleiben, bis das Kapital pro Kopf und Mitglied 50 Zloty beträgt. Damit ist die Gefahr einer Benachteiligung der später in Betracht kommenden Sterbefälle beseitigt. Gegenwärtig beträgt das Kapital ungefähr die Höhe von 20 Zloty pro Mitglied.

Die Gesuche, auf Gewährung von Anleihen auf erste Hypotheken, wurden dem Vorstand zwecks Erledigung überwiesen. Der Antrag vom Kollegen Paschek auf Liquidierung der Schulden von 5000 Zloty, sowie Bewilligung einer monatlichen Entschädigung von 100—150 Zloty für die Aufsicht im Lokal, als Konzessionsinhaber, wurde mit verschiedenen sehr wichtigen Punkten vertagt, weil das Lokal anderweitig vergeben war und geräumt werden mußte. —s.

Pleß und Umgebung

Wer versteht es besser, als die Sanatoren.

Solange die Arbeitslosen auf dem Lande ruhig sind, kümmert sich kein Mensch um dieselben. Wenn aber die Sozialisten anfangen, die Köpfe der hungernden Menschen zu erleuchten, da gibt es auf einmal viele Retter, die den Himmel auf Erden den Leuten versprechen. Als die Arbeitslosen von Krassow ein Arbeitslosenkomitee verlangten, welches sich um die Errichtung einer Küche kümmern soll, so wurde es nicht bestätigt. Aber ein Arbeitslosenkomitee wurde sofort eingesetzt und vom Starosten bestätigt. Auch die Küche wurde eingerichtet. Da sind doch die Patrioten immer die ersten, die in einem solchen Komitee sitzen wollen, denn sie betrachten es nicht als Hilfskomitee, sondern als eine Futterkrippe für sich. So sind auch in Krassow die Aufständischen Kapusziok, Pniok, Goj und Safakowny zum Starosten gegangen, er möge sie im Hilfskomitee bestätigen, was auch geschah. Woche um Woche wurde das Komitee um einige Patrioten erweitert, weil doch ein jeder von den Patrioten einen Freund hat, dem er auch etwas zukommen lassen will. Die Arbeitslosen anderer Gesinnung, wie Sozialisten oder gar Deutsche, merken von einer Besserung nichts, denn in erster Linie muß doch das Komitee bedacht werden. Nun geschah in Krassow etwas Besonderes. Einige der Komiteemitglieder wurden auf der Fürstengrube als Sprengkolonne für die Biedaschächte angelegt und arbeiten noch heute. Die Vorteile, die sie in der Gemeinde als Mitglieder im Hilfskomitee hatten, wollten sie aber auch nicht verschmerzen. Trotzdem sie schon einen Monat im Arbeitsverhältnis standen, so waren sie die ersten, die die Arbeitslosenküche in Anspruch nahmen. Mehl und andere Naturalien wurden von den Herrn auch weiter in Empfang genommen. Und hier kräht kein Hahn danach, weil es gute Patrioten sind. Möchte sich das ein sozialistisch denkender Arbeitsloser erlauben, wenigstens einmal, nach Empfang einer Arbeit, noch das Mehl abzuholen, so ist es gewiß, daß er eine exemplarische Strafe bezahlen müßte.

Was sagt der Krassower Gemeindevorsteher Gonsiorczyk zu diesen Sachen? Hat er vor diesen Leuten Angst, daß er nicht wieder einmal Hiebe bekommt, wie es schon einmal der Fall war. Auch für solche Leute, wie die oben genannten, ist jedes Gesetz maßgebend. Und wenn sie zehnmal glauben, Aufständische zu sein und das Vorrecht zu besitzen. Daß der Plesser Starost solche Leute in ein Hilfskomitee bestätigt, ist uns ein Rätsel, denn diese Patrioten haben doch schon allerhand auf dem Kerbholz. Sogar die Polizei ist für diese Leute nicht maßgebend. Wir fordern, daß hier Aufklärung und Ordnung geschaffen wird!

Golassowitz. (Aus dem Parteileben.) Am Sonntag fand in Golassowitz eine gutbesuchte Parteiversammlung statt. Nach Eröffnung und Begrüßung wurden einige Punkte der Tagesordnung erledigt. Darauf erteilte der Vorsitzende, Genosse Wojtas, dem Referenten, Genossen Ballon, das Wort zum Referat. Redner behandelte in ausführlicher Weise die Revolution von 1918 und die Auswirkungen in den nachfolgenden 14 Jahren. Und die Schlußfolgerung bestand darin, daß die Arbeiterklasse heute vor einem Trümmerhaufen ihrer Errungenschaften steht und in das tiefste Elend geraten ist. Und die Kapitalisten haben deshalb ihren Triumph feiern können, weil die Massen zu wenig Interesse an allen politischen Ereignissen zeigen. Ferner streifte Redner die Vorgänge in der Schweiz und begründete das Zusammenarbeiten der Sozialisten mit den Kommunisten. Nachdem noch die Verhältnisse in unserer Wojewodschaft einer Kritik unterzogen wurden, besonders die Arbeitslosenfrage, schloß Referent seinen Vortrag mit dem Appell, den Glauben an den Sozialismus nicht zu verlieren, sondern treu zur Partei zu halten. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende mit dem Freundschaftsgruß die Versammlung.

Tarnowitz und Umgebung

Ueberfall auf einen Kolporteur des „Volkswille“.

Am vergangenen Freitag wurde der Kolporteur des „Volkswille“, Genosse Harazim aus Rudne-Piekary von einigen Patrioten, die es nicht übers Herz bringen konnten, daß in Rudne-Piekary eine deutsche sozialistische Zeitung festen Fuß gefaßt hat, überfallen. Diese Leute waren in dem festen Glauben, daß Rudne Piekary ein echt polnischer Ort ist und haben sich als die Beherrscher gefühlt. Nun kam ihnen etwas Unerwartetes in den Weg. Der „Volkswille“ wird im Ort verbreitet. Wer ist der Uebeltäter? Festgestellt wurde, daß der Arbeitslose, Harazim, sich mit sozialistischen Gedanken befaßt und den „Volkswille“ kolportiert. Die Aufständischen denken, daß sie die alleinigen Vertreter des Patriotismus sind und haben auch beschlossen, dem Genossen Harazim das Handwerk zu legen. Legale Wege kennen sie nicht. Hier muß geprügelt werden!

So hat am 18. November der Vorsitzende der Aufständischen, der Eisenbahnarbeiter Drzisga, sich etwas Mut angetrunken und beschlossen, seine Tat zu vollbringen. Auf dem Wege, seine Absicht auszuführen, trifft er den Polizeibeamten Bullik. Demselben erklärt er, daß er den Harazim abfassen will u. ihn, samt dem Rade, kaputt schlagen wird, wegen des Austragens des „Volkswille“. Polizeibeamter Bullik hatte nur eine Antwort: „Tak“. Mithin hat Drzisga den Weg frei gehabt, den Genossen Harazim zu überfallen, was er auch tat. Genosse Harazim wurde von drei Eisenbahnern auf der Straße angehalten. Vom Drzisga bekam er mehrere Schläge auf den Kopf. Ein zweiter Eisenbahner, namens Zurawski, war in ständiger Bereitschaft, auf Harazim einzuschlagen, wenn er sich gegen die Schläge Drzisgas wehren sollte. Harazim ließ sich die Schläge gefallen, weil er noch an eine Gerechtigkeit in Polen glaubt. Als aber Genosse Harazim die Angelegenheit an die große Glocke brachte und einen Krankenzettel von der Gemeinde holte, so fand auch der Polizeibeamte Bullik Worte, indem er Harazim erklärte: „Sie waren doch ein anderer Mensch und heute wollen sie für die „Deutschen“ Agitation treiben“. Was soll man nun dazu sagen?

Hier ist wiederum ein klarer Beweis, daß man dort, wo man glaubt, daß die Menschheit noch unerfahren ist, mit derselben machen kann, was man will. Wir Sozialisten glauben noch an eine Gerechtigkeit. So darf auch ein Drzisga in Rudne-Piekary, und wenn er zehnmal Vorsitzender des Aufständischen-Verbandes ist, nicht glauben, daß er alles machen kann. Wir haben nur einen Wunsch: Die Sicherheitsbehörden mögen diesen Fall aufs genaueste untersuchen, um einem Drzisga nicht eine weitere Vollmacht zu geben, weitere Ueberfälle auf anders denkende Leute auszuführen. Sozialisten und Deutsche sind doch in unserem Staate kein Freiwild! Sie sind Bürger, wie ein jeder andere Mensch. Sie zahlen Steuern und brauchen Schutz. Hoffentlich wird dieser Fall zu unseren Gunsten aufgeklärt und die Schuldigen an dem Ueberfall, daß sind Drzisga und Zurawski, zur Verantwortung gezogen. Aber auch der Fall Bullik muß geklärt werden. Ob sein Verhalten korrekt war.

Wohnhaus durch Feuersbrunst vernichtet. In dem Hausgrundstück des August Blaszczyk, auf der ul. Stalmacha 12 in Tarnowitz, brach Feuer aus, durch welches das Wohnhaus vernichtet wurde. Der Brandschaden wird auf 3000 Zloty beziffert. Die Brandursache steht z. Zt. nicht fest

Bielitz, Biala und Umgegend

Die verärgerte „Schlesische Zeitung"

Seit längerer Zeit gebärdet sich die „Schlesische" wie eine konfus Gewordene. Es ist dies auch kein Wunder. Seit Jahr und Tag bemüht sie sich, als die einzige patentierte Vertreterin des Deutschtums aufzuspielen, aber die große Masse will von dieser, die Volksgemeinschaft propagierender Vertreterin des Geldsacks, nichts wissen. Deshalb kläfft sie, wie ein bissiger Köter jeden an, der ihr die Maske vom Gesicht reißt.

In der Sonntagsnummer fällt sie wieder einmal unseren Abgeordneten Gen. Dr. Glücksmann wegen seiner Stellungnahme bei der Lichtstromkonsumentenversammlung im Schwarzen Adler an. Wer unvoreingenommen die Ausführungen des Gen. Dr. Glücksmann verfolgt hat, konnte beim besten Willen nicht vier auseinandergehende Meinungen hören. Dies blieb allein dem Berichterstatter der „Schlesischen" vorbehalten.

Natürlich glaubt sie, daß jeder ein solcher Vielseitiger ist, wie der Busenfreund der „Schlesischen" namens August Schmidt, der als Sekretär des Privatbeamtenverbandes für den Streik der Lichtstromkonsumenten, als Privatmann aber gegen den Streik ist!

Die „Schlesische" ist natürlich darüber recht erbost, daß Gen. Dr. Glücksmann in der Versammlung festgestellt hat, daß diejenigen Kreise, welchen das Wort „Streik" sehr verpönt war, heute gezwungenermaßen auch zu diesem Kampfmittel greifen müssen. Daß die „Volksstimme" sich je gegen die Streikaktion der Stromkonsumenten ausgesprochen hätte, ist wieder so eine Erfindung, die nur immer der „Schlesischen" vorbehalten bleibt. Es wurde lediglich die Tatsache festgestellt, daß die Gemeinde Bielitz durch den Vortrag gebunden ist und es begrüßenswert gewesen wäre, wenn die Lichtstromkonsumenten während der langen Vertragsverhandlungen die Gemeinde mit dieser Aktion unterstützt hätten. Wenn jemand etwas anderes aus der „Volksstimme" herausgelesen hat, dann ist ihm nicht zu helfen, denn sonst müßte man ihn auch noch lesen lernen. Die „Schlesische" hat sehr scharfe Sinne, sie sieht und hört alles. Besonders ist ihr Gehör sehr scharf, denn sie hört sogar die „Volksstimme" „brüllen"!! Mit einem solchen Tausendsassa ist es dann sehr schwer zu polemisieren. denn er liest etwas, was wir nicht geschrieben haben und hört auch Zeitungen „brüllen", was anderen Sterblichen versagt bleibt.

Bielitz und Umgebung

Etwas über die Arbeitsvermittlungsämter.

Die Organisation der klassenbewußten Arbeiter hat sich seit jeher dafür eingesetzt, daß freie Arbeitsplätze durch eine Arbeitsvermittlungsstelle, auf welche die Arbeiter einen entsprechenden Einfluß haben, vermittelt werden. Dieses Belagern der Fabrikstore und das Betteln mit dem Hute in der Hand um Arbeitsgelegenheit, ist eines klassenbewußten Arbeiters unwürdig. Der Unternehmer sowie sein Stellvertreter können auch niemals vor einem solchen Arbeiter eine Achtung haben. Neben den Arbeitslosenämtern haben wir auch Arbeitsvermittlungsämter sowie auch Arbeitsinspektore, aber es scheint, daß irgend eine faschistische Organisation, genannt „Federacja Pracy", über diesen Aemtern steht, denn anders kann man sich die Sache nicht erklären. Das Vorgehen dieser Scheingewerkschaft und seiner Sekretäre fordert zum schärfsten Protest heraus.

Wo irgend eine freie Arbeitsstelle ist, erscheint der Sekretär der Federacja und präsentiert seine Liste mit den Namen der Aufzunehmenden. Dabei ist er sehr zudringlich, und versucht es sogar mit Drohungen die Beamten des Arbeitsvermittlungsamtes oder auch die Fabrikbeamten einzuschüchtern und sie seinen Wünschen gefügiger zu machen!

Bei der Firma Krischke und Wolf in Bielitz werden etliche Weber aufgenommen, weil dieser Betrieb Staatsaufträge erhalten hat. Anstatt, daß das zuständige Arbeitsvermittlungsamt die nötigen Arbeiter zuweist und jene vorschlägt, die Familien zu erhalten haben und am längsten arbeitslos sind, maßt sich der Sekretär der Federacja Rechte an und diktiert ganz einfach, wer aufgenommen werden kann und wer nicht! Unter den Arbeitern gehen diese Sekretäre krebsen, daß diejenigen, welche sich in di Federacja als Mitglieder einschreiben lassen, auch sicher Arbeit erhalten werden. Da es solche Dumme leider noch viele gibt, die auf diese Versprechungen hereinfallen, gehen sich diese Sekretäre mit einem sehr starken Verband mit großer Mitgliederzahl brüsten. Gegen solche Machinationen muß energisch Protest erhoben werden. Heute drückt das Arbeitslosenelend alle, folglich muß bei der Verteilung der Arbeit die größte Unparteilichkeit beachtet werden. Auch muß der Umstand beachtet werden, daß die einheimischen Arbeitslosen zunächst berücksichtigt werden.

Aus der Theaterkanzlei. Freitag, den 25. November, findet im Abonnement der Serie rot, eine Aufführung des musikalischen Singspiels von Karl Vollmoeller, Musik von Ralph Benatzky „Cocktail" statt. Die Begeisterung des Publikums gelegentlich der Premiere war groß, die Freude an dem Gebotenen echt und unverfälscht. Der Beifall nach jeder Gesangs- und Tanznummer war stürmisch und nach dem zweiten Bild mußte der Vorhang ein paarmal hochgehen. Eine weitere Abendaufführung von „Cocktail" ist unmöglich und so dürfte Freitag ein ausverkauftes Haus zu erwarten sein. — Die Proben für Roda Roda's und Rößlers Schnurre „Der Feldherrnhügel" sind im vollsten Gange. Die Erstaufführung findet Dienstag, den 29. November im Abonnement der Serie gelb statt. Näheres darüber in der Sonntagsausgabe des Blattes.

Chopin-Abend Janina Rosenberg-Schindler. Am Samstag, den 26. November, 8 Uhr abends, veranstaltet das jüdische Theaterkomitee im Stadttheater Bielitz einen Chopin-Abend der Pianistin Janina Rosenberg-Schindler. Diese Feier wird sich den in der letzten Zeit in unserer Stadt abgehaltenen Chopin-Feiern würdig anschließen. Nach einer einleitenden kurzen Würdigung Chopins durch Dr. Josef Groß wird Frau Janina Rosenberg-Schindler, die als ausgezeichnete Pianistin über die Grenzen des Landes hinaus bekannt ist, folgende Werke von Chopin spielen: Ballade As-Dur, Nocturno Fis-Dur, Bolero, Phantasie F-moll, Walzer Cis-moll, Variationen B-Dur, drei Etuden, zwei Mazurkas, Polonaise As-Dur. Karten zum Preise von 30 Groschen bis 4 Zloty im Vorverkauf bei der Firma Karl Pipersberg, Bielitz, Stadtberg 20.

Diebstahl. In der Zeit vom 18. bis 23. November stahlen Spitzbuben aus der unverschlossenen Altane im Garten des Georg Jenkner in Kamitz Nr. 288, ein Kanapee, 4 Fauteuils und 2 Gartenstühle im Gesamtwerte von 400 Zloty. Das Kanapee war 1,85 Zentimeter lang, 66 Zentimeter breit und 90 Zentimeter hoch. Die Fauteuils und das Kanapee waren mit grünem Plüsch überzogen. Die Gartenstühle waren weiß lackiert. Aus der Art des Diebstahls zu schließen, dürften es Zufallsdiebe gewesen sein.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 23. November drangen Diebe in die Wohnung der Marja Palcow in Nieder-Ohlisch ein. Ob die Diebe etwas mitgenommen haben, konnte noch nicht festgestellt werden, da die Wohnungsinhaberin verreist ist. — In derselben Nacht wurde in das Vorhaus des Franz Hornisz in Nieder-Ohlisch eingebrochen und aus zwei unverschlossenen Speiseschränken verschiedene Lebensmittel gestohlen. Desgleichen drangen die Diebe in den Kellerraum ein und stahlen dortselbst eingeweichte Wäsche und einen 4 Meter langen Treibriemen. Der Gesamtschaden beträgt gegen 200 Zloty.

„Wo die Pflicht ruft!"

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Donnerstag, 24. Nov., ½6 Uhr: Theaterprobe. 7 Uhr: Mitgliederversammlung mit Lichtbildervortrag.

Samstag, 26. Nov., 5 Uhr: Theaterprobe.

Sonntag, 27. Nov., 6 Uhr, Gesellschafts- und Brettspiele.

Die Vereinsleitung.

Achtung Arbeitersänger und -Sängerinnen! Donnerstag, den 24. Nov., um ½6 Uhr abends, findet im Arbeiterheim in Bielitz die Gauprobe für die Mitwirkung beim 40jährigen Bestandfest der Textilarbeiter-Ortsgruppe statt. Die Mitglieder sollen es als Pflicht erachten, vollzählig zu erscheinen. Der Gauobmann.

Textilarbeiterverband in Polen, Ortsgruppe Bielitz. Obengenannte Ortsgruppe veranstaltet aus Anlaß ihres 40jährigen Bestandes in den Lokalitäten des Arbeiterheimes in Bielitz am Sonntag, den 27. November, um 10 Uhr vorm., eine Fest-Akademie mit nachstehendem Programm: 1. Krönungsmarsch aus der Oper „Der Prophet". 2. a) „Arbeiter-Gruß" Männerchor v. J. B. Blobner, b) „Sonntagsfeier" Männerchor von G. Ad. Uthmann. Gau der Arbeiter-Gesangvereine Bielsko. 3. Begrüßung. 4. Festrede in polnischer Sprache, gehalten von Abg. Gen. Szczerkowski A., Lodz, in deutscher Sprache gehalten von Abg. Gen. Frühwirt M., Wien. 5. „Dichter und Bauer", Ouvertüre von Suppee. — 10 Minuten Pause. — 6. „Der Kalif von Bagdad". Ouvertüre von Boildieu. 7. „Abendlied" aus der russischen Oper von Dr. Soniewicka. Gem. Chor mit Klavierbegleitung. TUR. Biela. 8. Auftreten der Akrobaten-Riege des Arbeiter-Turn- und Sportvereins „Vorwärts", Bielsko. 9. „Erwachen der Geister", Gem. Chor von P. Marini. „Brüder zur Sonne, zur Freiheit", Gem. Chor von H. Scherchen. Gau der Arbeiter-Gesangvereine Bielsko. 10. Die Internationale. Sonntag den 27. November, um 4 Uhr nachm., gemütliches Beisammensein, verbunden mit Tanzunterhaltung. Entree 99 Groschen pro Person. Montag, den 28. November, um 4,30 Uhr nachm., Große Textilarbeiterversammlung mit nachstehender Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage in der Textilindustrie. Referent in deutscher Sprache, Abg. Gen. Frühwirt M., Wien, in polnischer Sprache, Abg. Gen. Szczerkowski, Lodz, sowie der gew. Abg. Gen. Zerbe E, Lodz. 2. Allfälliges. Textilarbeiter, erscheint in Massen!

Werte Eltern, Freunde und Gönner des Vereins Arbeiterkinderfreunde! Wie alljährlich, veranstaltet auch heuer obengenannter Verein am 8. Dezember (Mariä Empfängnis) l. J., um 3 Uhr nachm., im großen Schießhaussaal ein Nikolofest. Der Vorstand setzt alles daran, um das Fest recht feierlich zu veranstalten und den Kindern an diesem Tage eine Freude zu bereiten. So manche Eltern sind außerstande infolge der schrecklichen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit, ihren Kindern etwas zu bieten Darum sollen diese Stunden des Nikolofestes auch für die Eltern ein Zeichen der Zerstreuung von den Alltagssorgen bilden, indem sie sich mit ihren Kindern mitfreuen. Obwohl die Mittel des Vereins beschränkt sind und doch eine größere Anzahl von Kindern beteilt werden soll, ist es doch gelungen, das Fest im Rahmen der Vorjahre gestalten zu können. Kinder des genannten Vereins, Jugend- und Turngenossen sind rührig an der Arbeit um das Programm auszufüllen und der Vorstand hofft auch heuer die Besucher zufrieden zu stellen und ladet höfl. ein. Es wird gleichzeitig zur Kenntnis gebracht, daß ab Mittwoch, den 23. Nov. jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag bis zum Nikolofest, jedesmal von 5 bis 7 Uhr abends, im Vereinszimmer (Arbeiterheim, Parterre rechts 1. Tür) der Vorverkauf stattfindet. Daselbst werden Entreekarten zum Preise von 0,75 Zloty und Packerlkarten zu 0,50 Zloty abgegeben. Mitglieder genannten Vereins bezahlen das Entree und erhalten für ihre Kinder je eine Freikarte. Arbeitslose Mitglieder des Vereins Kinderfreunde, wollen sich zwecks Zuteilung einer Freikarte mit der Arbeitslosenlegitimation an obengenannten Tagen beim Vereinskassierer melden. Es wird ersucht, die Eintrittskarten im Vorverkauf zu besorgen, da bei der Kasse nur soviel Karten verkauft werden, als Raum vorhanden ist. Der Vorstand.

Die unzerbrechliche Skispitze

Die ideale Lösung des Skikantenschutzes.

Die größte und häufigste Unannehmlichkeit, die dem Skiläufer auf seinen Tourenfahrten begegnen kann, ist wohl der Bruch der Skispitze und alle bisher unternommenen Versuche, diesem Ueberstand abzuhelfen, haben keinerlei befriedigendes Resultat gebracht. Nun ist es nach langwierigen und mühsamen Versuchen und Bestrebungen dem Linzer Hermann Schacherl endlich gelungen, einen Skispitzenschutz zu schaffen, der ausnahmslos alle Gefahren des Spitzenbruches ausschließt; diese Erfindung — fast schon in allen Staaten patentiert — hat in den Sportkreisen aller Länder größtes Aufsehen hervorgerufen und begeisterten Eingang und Anklang gefunden. Die Erfindung besteht darin, daß die Skispitze bis ungefähr 2 Handbreiten auf die Laufsohle der Holzschiene mit einer elastischen Masse belegt wird, wodurch die Skispitze die größtmögliche Elastizität erhält und damit absolut bruch- und stoßsicher wird, wie auch vollkommen unempfindlich gegen Temperatureinflüsse ist. Fast täglich suchen begeisterte Anhänger des Skisportes die Werkstätte des Erfinders auf und lassen sich Proben der Bruchfestigkeit der in oben geschilderter Weise präparierten Skier vorführen und keiner verläßt das Haus ohne deutsche Zeichen der Verblüffung, ohne einen Auftrag erteilt oder seine alten Bretter zur Anbringung des Spitzenschutzes zurückgelassen zu haben. Die Elastizität der Skispitze ist dermaßen groß, daß sich ein Mann auf dem Brett, das mit der Spitze auf den Boden gestellt wird, mit der ganzen Last seines Körpers hochziehen kann, ohne dadurch auch nur die geringsten Veränderungen des Bretter oder der Spitze hervorzurufen; ein Ski wurde mit einer Wucht, die beispielsweise dem Anprall des Läufers in voller Schußfahrt gegen ein Hindernis gleichkommt, gegen eine Wand gerannt, ohne daß Brett oder Spitze irgendwelche Beschädigung erlitten hätten; schließlich wurde die Skispitze um 90 Grad abgebogen und kehrte sofort wieder in ihre normale Lage zurück. Nicht unerwähnt sei noch, daß sich der Spitzenschutz auch an alte Bretter anbringen läßt, und dieses Moment sowohl als auch die Tatsache, daß die Gleitfähigkeit der Skier in keiner Weise nachteilig beeinflußt wird, läßt die Vermutung berechtigt erscheinen, daß es bald keinen Schneeschuh mehr ohne Skispitzenschutz geben wird. — Der geniale Erfinder wandte seine Aufmerksamkeit gleichzeitig auch der Skikante zu und brachte eine gleichfalls bereits patentierte epochale Erfindung heraus, die nach Ansicht der Fachwelt endlich die ideale langersehnte Lösung des Skikantenschutzes darstellt. Die bisher in den Handel gebrachte Schutzkante, welche den Zweck hatte, sowohl das Abgleiten der bei längerem Gebrauch abgerundeten Skikanten auf Harsch zu verhindern und die Führung der Bretter bei Abstemmen und Abschwingen zu erleichtern, als auch die Gefahren des Ausfransens und Spaltens bei Fahrten auf geringer Schneelage mit steinigem Boden zu beseitigen, hat sich in Sportkreisen nicht durchsetzen können; die bisherigen Kunstkanten waren zu weich, ihre Abnützung daher zu rasch; die aus einem Stück gefertigten Stahlkanten wiederum hatten den großen Nachteil der Schraubenbefestigung, die den schädigenden Einflüssen der Nässe nicht gewachsen war und dadurch ein Lockerwerden und Ausfallen der Schrauben als auch ein Abschleifen der Schraubenköpfe zur Folge hatte, ganz abgesehen davon, daß das Brett durch Anbohren geschwächt wurde und eine eventuelle Loslösung des Metallstreifens Gefahren aller Art mit sich brachte. Der neue Schacherl-Kantenschutz hat nun alle die erwähnten Mängel restlos beseitigt. An die Stelle der bisher aus einem Stück gefertigten Metallkanten tritt heute ein aus einer Anzahl kleiner, ca. 4 Zentimerte langer Messing- oder Stahlklammern zusammengesetzter, auf entsprechender Unterlage befestigter Streifen, der durch Verwendung eines besonderen Klebemittels mit dem Holz derart eng verbunden wird, daß eine Loslösung vollkommen unmöglich gemacht und die Biegsamkeit des Brettes in keiner Weise beeinflußt wird. Diese Art des Kantenschutzes gestattet es auch, die Kante bis an die Spitze zu führen, weil sich die einzelnen, gegen die Spitze zu immer kleiner werdenden Klammern ganz eng an das Holz anschmiegen, man möchte sagen mit ihm verwachsen. Geht einmal ein Ski zu Bruch, so ist damit nicht die ganze Kante unbrauchbar geworden, sondern nur der Teil der Bruchstelle, und nach Einsetzen eines neuen Metallgliedes bei allergeringstem Kostenaufwand ist das Brett wieder in ursprünglichem Zustand. Während des ganzen vergangenen Winters wurden von namhaften Skiläufern im schwierigen Dachsteingebiet die mit der erwähnten Kante und Spitze ausgestatteten Bretter dauernd und absichtlich den größten Beanspruchungen ausgesetzt, aber selbst die härtesten Proben wurden bestanden, ohne daß Kante und Spitze Spuren einer Beschädigung erlitten hätten. Kein Wunder, daß die ehemals nur kleine Werkstätte des Erfinders heute bereits eine große Erzeugungshalle geworden ist und dauernd an Umfang zunimmt, weil man der großen Nachfrage und Bestellung kaum noch nachkommen kann. In gleicher Weise wie der Spitzenschuh läßt sich auch die Schacherlkante, deren Preis im Verhältnis zu den großen Vorteilen, welche sie bietet, gering zu nennen ist, ohne Schwierigkeiten an alte abgefahrene Bretter anbringen. —

Auch den Sportlern und Verbänden in Polen sollen nun diese Neuerungen zugänglich gemacht werden, und es steht zu erwarten, daß auch dort die Schacherlkante und Spitze begeisterten Anklang finden wird.

Der Weg zum Sozialismus und die Sozialdemokratie

Otto Bauers Referat auf dem Wiener Parteitag

Demokratie und Arbeiterbewegung

Bei vielen unserer Genossen stoßen wir heute auf ein skeptisches Verhältnis zur Demokratie, das deswegen im Augenblick gefährlich ist, weil die Verteidigung der Demokratie die wichtigste unter unseren nächsten politischen Aufgaben ist. Daß dieses skeptische Verhältnis zur Demokratie entstanden ist, ist nicht erstaunlich. Es ist vor allem die Wirkung der ungeheuren Arbeitslosigkeit, der Verbitterung verzweifelter Arbeitslosenmassen darüber, was ihnen die Demokratie schuldig bleibt. Es ist die Wirkung der Ereignisse in Deutschland: der 20. Juli, der Tag, an dem die Regierung Schleicher-Papen mit einem Leutnant und drei Mann die preußische Regierung Braun-Severing auseinanderjagen konnte, war ein Tag, der den Glauben, das Vertrauen zur Demokratie in breiten Massen der Arbeiterschaft erschüttert hat. Das skeptische Verhältnis zur Demokratie ist aber auch eine Folge des Benehmens der Herrenklasse hier im eigenen Lande, die es geradezu darauf angelegt haben, der österreichischen Arbeiterschaft durch ihre Verwaltungspraxis zu demonstrieren, daß in dieser Demokratie nicht einmal die formale Rechtsgleichheit für den Arbeiter mehr gilt. (Lebhafte Zustimmung.)

Genossen, das Entstehen dieser Stimmung ist also durchaus begreiflich, aber ich sage, diese Stimmung ist gefährlich, weil die Verteidigung der Demokratie gegen Reaktion und Faschismus im Augenblick unsere wichtigste Aufgabe ist.

Was lehren uns denn die Ereignisse in Deutschland? Viele Genossen sagen uns jetzt: Was die Demokratie wert ist, das hat man ja in Deutschland gesehen: ein Leutnant und drei Mann haben die von der Demokratie eingesetzte Regierung verjagt! Aber gibt uns der 20. Juli 1932 wirklich eine neue Erkenntnis? Oder ist er nicht vielmehr nur die Bestätigung einer sehr alten Erkenntnis, die wir österreichischen Sozialdemokraten immer gehabt und die wir in unserem Linzer Programm im Jahre 1926 formuliert haben? Haben wir nicht den österreichischen Arbeitern immer gesagt: die Demokratie kann ein Kampfboden des Proletariats, ein wirksames Feld, auf dem wir für proletarische Interessen und für sozialistische Ideen kämpfen können, nur dann sein, wenn ihr bereit seit, die Demokratie zu schützen gegen jeden, der sie gewaltsam angreift? Haben wir es nicht im Jahre 1926 vorausgesagt, daß die kapitalistische Bourgeoisie, die sich damals noch sehr demokratisch gebärdet hat, versucht sein werde, die Demokratie mit Waffengewalt zu sprengen und daß die Demokratie daher nur dann sicher und nur dann für die Arbeiterklasse benützbar sein werde, wenn die Arbeiterklasse der Gewalt, die die Demokratie sprengen will, ihre Gewalt entgegenzusetzen bereit ist?

Warum konnte am 20. Juli 1932 die preußische Regierung Braun-Severing von einem Leutnant und drei Mann weggejagt werden? Weil die deutsche Arbeiterschaft es hat geschehen lassen, weil sich keine Hand zum Schutz dieser Regierung gerührt hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich werde jetzt nicht untersuchen, wie das gekommen ist, im Laufe eines jahrelangen Prozesses, daß die Arbeiterklasse Deutschlands so zermürbt worden ist, daß sie schließlich nicht mehr imstande gewesen ist, die Demokratie zu verteidigen. Die Genossen brauchen sich nur daran zu erinnern: die Kommunisten haben jahrelang diese Regierung Braun-Severing als die Regierung des Sozialfaschismus bekämpft. (Lebhafte Zustimmung.) Als dann die Regierung gestürzt worden ist, nicht von den Kommunisten, sondern von den Junkern, da haben die Kommunisten die Parole zum Generalstreik ausgegeben. Aber nicht ein einziger Betrieb hat gestreikt, im ganzen weiten Deutschen Reich nicht, nicht einmal die Betriebe, in denen die Kommunisten die Mehrheit haben. Es war wohl auch zu viel verlangt von den Arbeitern, denen man jahrelang erzählt hat, daß die Braun-Severing Sozialfaschisten seien, daß sie dann plötzlich wegen der Absetzung dieser Sozialfaschisten in den Generalstreik eintreten sollen. (Stürmischer Beifall.) Unsere Genossen, die da an der Demokratie zu zweifeln begonnen haben, sagen uns aber auch etwas anderes. Sie sagen: Ja, wir verstehen, die Demokratie ist heute ein unentbehrlicher Kampfboden des Proletariats. Aber die letzten Entscheidungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die letzte Entscheidung über die Gesellschaftsordnung, die werde eben doch nicht mit dem Stimmzettel gefällt werden, sondern da werde doch nur die Gewalt entschieden können. Ich glaube nicht, daß es viel Sinn hat, heute darüber zu streiten. Es ist ganz sicher: die letzte Entscheidung, die Entscheidung über die Expropriation der Expropriateure, die Entscheidung darüber, ob die konzentrierten Produktionsmittel dem Kapital gehören sollen oder dem arbeitenden Volk, **diese letzte Entscheidung wird sicher nur fallen können in einer revolutionären Situation.** Ob eine solche revolutionäre Situation unvermeidlich die Demokratie sprengen muß oder ob vielleicht in einer revolutionären Situation die Demokratie auf demokratischem Wege der Arbeiterklasse die Macht in die Hand geben wird und die Bourgeoisie es in einer solchen Situation nicht mehr wird wagen können, sich der Entscheidung des Stimmzettels zu widersetzen, darüber zu diskutieren hätte heute nicht allzuviel Sinn. Wahrscheinlich wird das in verschiedenen Ländern und verschiedenen Situationen sehr verschieden sein. Wir aber müssen verstehen, daß wir heute leider nicht in dieser revolutionären Situation sind. —

Wir sind in Mitteleuropa heute nicht in einer revolutionären, sondern vorläufig noch in einer konterrevolutionären Situation, und es ist notwendig, daß wir von hier aus den Hunderttausenden unserer Genossen klarmachen, was die Aufgaben in dieser Situation sind.

Für die Einheit des Proletariats!

Der größte Teil unserer Parteigenossen sucht nach den Mitteln, die die Machtverhältnisse ändern könnten, und darauf ist es wohl zurückzuführen, daß gerade jetzt der Gedanke, daß man die Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse überwinden müsse, um die Macht für die Arbeiterklasse zu erobern, daß dieser Gedanke mit einer elementaren Gewalt unsere Parteigenossen erfaßt hat. So weit die Einheitsfront des Proletariats überhaupt zu verwirklichen ist, ist sie in Oesterreich verwirklicht in der österreichischen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Gewiß, es gibt Arbeiter, die links von uns bei den Kommunisten stehen und es gibt viel mehr Arbeiter, die rechts von uns bei den bürgerlichen Parteien stehen. Zu hundert Prozent ist die Identität einer Partei mit einer Klasse niemals zu verwirklichen. Aber sie ist im wesentlichen verwirklicht und man muß sagen,

daß Leute einfach Schwindler sind, die es darauf angelegt haben, die tatsächlich stehende Einheit des österreichischen Proletariats zuerst zu zerstören, damit wir dann nachträglich über die Einheitsfront verhandeln können.

Aber es handelt sich ja nicht nur um die Einheitsfront in Oesterreich, sondern um die Einheitsfront im internationalen Maßstab. Was können wir tun, sie zu erreichen? Kein Weg zur Einheitsfront des Proletariats sind Einheitsfrontmanöver. (Lebhafte Zustimmung.) Alles das, was die Kommunisten zu machen pflegen und was unter immer neuen Namen immer dasselbe ist — das heißt einmal Arbeiterhilfe und einmal Rote Hilfe, das heißt einmal Bund der Freunde der Sowjetunion und das nächstemal antifaschistisches Komitee —, all das sind nur Versuche, sozialdemokratische Arbeiter unter kommunistische Führung zu bringen, von der Sozialdemokratie wegzureißen. (Lebhafter Beifall.) Und dadurch die Arbeiterklasse nicht zu einigen, sondern zu spalten. Das sind keine Mittel, zur Einheitsfront zu kommen. Ich glaube auch nicht, daß es möglich ist, zur Einheitsfront zu kommen, indem man etwa in jedem Lande von der Sozialdemokratie zur Kommunistischen Partei separat Verhandlungen führt. Das ist schon aussichtslos wegen der straffen Disziplin, der die einzelnen kommunistischen Parteien ihrer Internationale gegenüber unterworfen sind.

Es gibt in Wirklichkeit nach meiner festen Ueberzeugung nur einen Weg zur Einheitsfront des Proletariats im internationalen Maßstab, und das sind direkte Verhandlungen zwischen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Komintern. (Stürmischer Beifall. **Nur von Internationale zu Internationale, nur zwischen Zürich und Moskau kann die Einheitsfront des Proletariats gegründet werden.**

Aber wir müssen uns fragen, ob der Augenblick reif ist, daß man mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg heute solche Verhandlungen einleiten könnte.

Wer die Verhandlungen und die Beschlüsse gelesen hat, die erst vor kurzer Zeit das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gefaßt hat; wer weiß, daß noch während der letzten Reichstagswahlen in Deutschland in einem Lebenskampf des reichsdeutschen Proletariats, das auf der einen Seite von den Baronen und auf der anderen Seite von Hitler bedroht ist, die Kommunistische Internationale die Parole ausgibt: der Hauptschlag muß gegen die Sozialdemokratie geführt werden (lebhafte Pfuirufe), wer die vierundfünfzig oder fünfundfünfzig Thesen gelesen hat, die die russischen Kommunisten am 7. November, am fünfzehnten Jahrestag der Sowjetrepublik, ausgegeben haben, wo erst in der vierundfünfzigsten These von den Sowjets, aber in den ersten Thesen schon vom Verrat der Sozialdemokratie, die umgebracht werden müsse, die Rede ist, der kann sich nicht darüber täuschen, daß leider und zum großen Schaden des Proletariats der Welt der Augenblick noch nicht reif ist. Ich bin überzeugt,

dieser Augenblick wird kommen,

weil sich die geschichtlichen Notwendigkeiten doch durchsetzen. Ich kann mir mancherlei vorstellen, wann und wie er kommen kann. In Deutschland, dem einzigen Land, wo es außerhalb Rußlands eine wirklich große kommunistische Partei gibt, war ja eine Verständigung bisher unmöglich, so lange von den beiden proletarischen Parteien die eine in den Regierungen saß und die andere als Opposition den Regierungen gegenüberstand. Das ist aber jetzt vorbei. Genossen, unter dem Regime der deutschen Reaktion, das jetzt begonnen hat, werden beide Arbeiterparteien als Opposition der Regierung gegenüber stehen, und wenn sie einander noch so hassen, sie werden nebeneinander für dieselbe Sache kämpfen müssen. So bereitet die Geschichte selbst in Wirklichkeit die Korrektur weltgeschichtlicher Irrtümer vor. Ich weiß, daß es auch noch andere Möglichkeiten gibt. Die außenpolitische Lage der Sowjetunion hat sich in den letzten Monaten erfreulicherweise sehr gebessert und die Kriegsgefahr, die vor ein paar Monaten bestand, ist geschwunden. Aber wir täuschen uns nicht darüber, Genossen und Genossinnen, daß die ganze kapitalistische Welt diese Sowjetunion nur als einen Fremdkörper betrachtet und den ersten Augenblick benützen wird zu einem Angriff auf die Sowjetunion.

Und ich bin überzeugt, daß der geschichtliche Augenblick für die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats im internationalen Maßstab dann gegeben sein wird, wenn die Sowjetregierung die Bundesgenossenschaft des gesamten Weltproletariats nicht wird entbehren können und wenn das Weltproletariat in diesem Augenblick seine Pflicht, die Bundesgenossenschaft ohne jeden Vorbehalt zu leisten, auch wirklich erfüllen wird. (Stürmischer Beifall.)

Und deswegen, Genossen, will ich zu diesem Problem der Einheitsfront, das gewiß nicht hier in Oesterreich entschieden werden kann, und von dem ich hoffe, daß wir es auf einer internationalen Konferenz, deren Einberufung ja das Büro unserer Internationale in Aussicht genommen hat, demnächst in internationalem Maßstab diskutieren werden, noch eines sagen: ich halte es für eine Illusion, wenn jemand glaubt, diese Einheitsfront in internationalem Maßstab verwirklichen zu können. Ich meine aber deshalb nicht, daß wir heute gar nichts tun können um ihre Verwirklichung vorzubereiten. Darunter verstehe ich folgerdes: Glauben Sie nicht, daß ich jemals für eine unkritische Stellung, für die unkritische Verherrlichung alles dessen war oder sein werde, was in der Sowjetunion geschieht. Das Recht, mit den Augen des kritischen, marxistisch geschulten Historikers die Vorgänge in Rußland zu betrachten, dieses Recht werde ich mir immer wahren. Aber so wenig wir leugnen oder verkleinern wollen, was uns vom Bolschewismus trennt, so sicher müssen wir verstehen, daß jeder gewaltsame Sturz der Sowjetdiktatur in Rußland die Gefahr der blutigen Reaktion nicht nur für Rußland bedeuten würde. (Lebhafter Beifall.) Und das Zweite: wenn es der Sowjetregierung, wenn es der Opferwilligkeit und den Anstrengungen des russischen Proletariats schließlich doch gelingen sollte, die ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen das Sowjetregime ringt, zu überwinden, Schritt für Schritt die russischen Volksmassen in Stadt und Land zu höherem Wohlstand zu bringen, und das Regime, die sozialistische Produktionsweise in Rußland im Denken und Fühlen der heranwachsenden Generation so zu befestigen, daß es ohne Terror, ohne Diktatur behauptet werden könne,

wenn es der Sowjetregierung und den Anstrengungen des russischen Proletariats gelingen sollte, auf diesem Wege das russische Proletariat zu Wohlstand und zur Freiheit zu führen: dann bin ich überzeugt, daß ein solcher Sieg der Idee des Sozialismus in der ganzen Welt eine solche werbende Kraft geben würde, daß das kapitalistische System an diesem Siege zugrunde gehen würde. (Stürmischer Beifall.)

Das bedeutet nicht, Genossen, daß dann das Proletariat überall die russischen Methoden kopieren wird. Es wäre töricht, dies für möglich zu halten. Diese Methoden, die in der Geschichte, in der Struktur Rußlands begründet sind, können nicht in den anderen Ländern einfach Nachahmung finden. Aber wir haben aus der Geschichte gelernt. Als die französischen Jakobiner im Jahre 1792 mit dem eisernen Besen der Diktatur den französischen Feudalismus hinausgefegt und damit den Sieg der neuen, damals der bürgerlichen Rechtsordnung in Frankreich gesichert hatten, da haben nicht die Liberalen und Demokraten der anderen Länder die jakobinische Diktatur nachgeahmt, in keinem anderen Lande der Welt ist dann die Guillotine aufgerichtet und Frankreichs Beispiel genau so nachgeahmt worden. — Aber die französischen Jakobiner haben eine entscheidende Bresche in die feudale Welt geschlagen, und dann sind allmählich mit anderen Methoden, auf anderen Wegen und unter anderen Bedingungen, die anderen Länder nachgefolgt.

Deswegen brauchen wir nicht unkritisch Stellung zum Bolschewismus zu nehmen, und zu allem, was in Rußland geschieht. Ich würde mich schämen, wenn ich nicht in mancher Stunde das Recht für mich in Anspruch nähme, auch die Stimme der Menschlichkeit, die Stimme des unterdrückten Rechtsbewußtsein zur Sprache zu bringen, auch über die Dinge zu sprechen, zu denen schrankenlose Gewalt allzu leicht verführt. Aber wir sollen in der europäischen und internationalen Arbeiterschaft dieses Gefühl verbreiten, daß sich

dort in Rußland ein großes Stück des Schicksals des Sozialismus der Welt entschiedet

und daß wir uns darum, trotz allem, was uns vom Bolschewismus unterscheidet, gegen jeden Angriff der kapitalistischen Reaktion vorbehaltlos auf die Seite der Sowjetunion stellen müssen. Für diese Auffassung ist die österreichische Sozialdemokratie immer innerhalb der Internationale eingetreten — vor Hamburg und Marseille bis zu der Züricher Exekutivsitzung in der Zeit der Kriegsgefahr in der Mandschurei. Das halte ich für die wirksamste Methode, die psychologischen Voraussetzungen der Einheitsfront vorzubereiten.

Das scheint mir unsere Aufgabe, das, was man heute für die künftige Herstellung der Einheitsfront des Proletariats, auf unserer Seite, auf der sozialisten Seite, leisten kann,

und ich möchte nur hoffen, daß sich auch auf der kommunistischen Seite Männer finden, die ebenso ehrlich sich darum bemühen, auch dort die psychologischen Voraussetzungen für die Einheitsfront zu schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Es ist meine Ueberzeugung, daß wir am Abschluß der Geschichtsepoche der Arbeiterbewegung stehen und am Anfang einer neuen. Ich bin überzeugt, daß der Sturz der zweiten englischen Arbeiterregierung und daß die Ereignisse der letzten Jahre, und insbesondere des heurigen Jahres im Deutschen Reiche das Ende einer ganzen Geschichtsepoche und den Beginn einer neuen Epoche der internationalen Arbeiterbewegung bedeuten. Wir stehen am Beginn einer Zeit mit schweren langen Wirtschaftskrisen, die nur von kurzen Erholungsperioden unterbrochen werden, einer Zeit, in der positive Erfolge für die Arbeiterschaft schwer zu erreichen sein werden, wo die Arbeiterklasse vielmehr erfahren wird, wie eng die Schranken sind, die der Mechanismus der kapitalistischen Weltwirtschaft allem Aufstieg des Proletariats setzt, und daß es diese Schranken nicht anders überwinden kann, als indem es die kapitalistische Ordnung überhaupt überwindet. Ich liebe nicht den üblichen Gegensatz, den die Kommunisten gebrauchen und den auch manche Genossen verwenden, den Gegensatz zwischen Reformismus und revolutionärem Sozialismus. Ich glaube, daß der Klassenkampf um die kleinste Reform des Tages und der revolutionäre um die Umwälzung der ganzen kapitalistischen Ordnung nur zwei Seiten derselben Arbeiterbewegung und nichts einander Entgegengesetztes sind. Aber wahr ist, daß in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges dagegen, in denen positive Erfolg nicht erreichbar sind, der Kampf um den Sturz des Kapitalismus in den Vordergrund treten muß. Erziehen wir die Arbeiterklasse zur Erkenntnis: So wichtig uns jeder Kampf um jedes Wort in einem Paragraphen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist, so wenig das nur einen Augenblick lang vernachlässigt werden darf, täuschen wir uns aber nicht, was in der kapitalistischen Gesellschaft die Grenze dessen ist, was wir können. Aber wer sehenden Blickes das beobachtet, was in der ganzen kapitalistischen Welt vorgeht, der braucht nicht kleinmütig zu werden.

Der Kapitalismus erlebt jetzt seine große Weltblamage.

Er zeigt jetzt der Welt, daß er nicht imstande ist, und zwar in einer Zeit, die reicher an Nahrungsmitteln, an

Rohstoffen, an Maschinen, an gelernten Arbeitskräften, an allem was man braucht, um alles Notwendige zu erzeugen, daß er in solcher Zeit nicht imstande ist, Millionen und aber Millionen Menschen in der Welt vor dem allerschlimmsten Elend zu bewahren. Es gärt in den Arbeitslosenmassen in England, in Amerika und überall, und es gärt — und das ist nicht weniger wichtig — in den verelendeten Bauernmassen der Agrarländer. Es gärt in der Welt! Das letzte Wort aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus wird nicht die Reaktion abzuleiten haben. Der Kapitalismus hat seine Stabilität verloren. Das Vertrauen ungeheurer Massen in der Welt zum Kapitalismus ist zerstört und kann nicht wiederhergestellt werden. Die politischen Wirren in der kapitalistischen Welt von heute sind nur Begleiterscheinungen des Auflösungsprozesses der kapitalistischen Weltwirtschaft. Gewiß, für uns in Oesterreich zunächst nur eine theoretische Erkenntnis. Wir wissen alle, das kann sich nicht hier in unserem kleinen Land entscheiden, wir wissen alle, wir können nicht allein vorstürmen, so lange rings um uns der Gürtel der kapitalistischen Reaktion uns umgibt. Aber diese theoretische Erkenntnis ist wichtig, um Kleinmut und Verzagtheit in unseren Reihen nicht aufkommen zu lassen, sondern unseren Genossen von diesem Parteitag aus zu sagen: heute umgibt uns dieser furchtbare, dieser gefährliche Ring der Reaktion. Heute flutet die Welle des Nationalfaschismus auch in unser Land herein, heute suchen das die alten Herrenklassen auch hier auszunützen. Jetzt, für den Augenblick, ist die Aufgabe die, daß wir in unserem Lande, was immer rings um uns geschieht, die Demokratie aufrechterhalten, sie verteidigen mit dem Einsatz der ganzen Kraft des Proletariats, damit die Arbeiterklasse sich bewahre die Freiheit des Wortes, die Freiheit der Organisation, die Freiheit der Werbung, die Freiheit des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes, die Freiheit sich zu wehren, und die Freiheit, für eine andere Zukunft zu kämpfen. Wenn uns das mitten in der europäischen Reaktion gelingt, dann wird der Augenblick kommen, wo es die nahenden Stürme der Weltgeschichte möglich machen werden, die demokratische Form mit dem Inhalt des Sozialismus zu erfüllen. — (Stürmischer, minutenlanger, sich immer wieder erneuernder Beifall. Die Delegierten und die Galerie erheben sich und bringen dem Redner begeisterte Ovationen dar.)



Aus dem Leben der Bambuti

Unsere Aufnahmen berichten von den Bambuti, den kleinsten lebenden Menschen am Kongo im innersten Afrika. Der Pygmäenforscher Dr. Paul Schebeste hat längere Zeit unter ihnen gelebt und jetzt seine Erlebnisse und Arbeiten während dieser Forschungsreise in einem volkstümlichen Bericht unter dem Titel „Bambuti, die Zwerge vom Kongo", im Verlag F. A. Brockhaus-Leipzig, herausgegeben, mit dessen freundlicher Genehmigung wir diese Bilder aus dem Werk veröffentlichen: (Links oben) Baumrinde wird abgeschält, um als Lendenschurz verarbeitet zu werden — (unten) die Zwerge sind vorzügliche Jäger, die auch vor dem riesigen Elefanten nicht haltmachen. Für die Jagd verwenden sie vergiftete Pfeile, die sie hier über dem Feuer behandeln — (Mitte oben) die Schönsten ihres Stammes: als besonderes Schönheitsmerkmal gelten spitze Zähne, die sie sich bei „Spezialisten" machen lassen — (unten) wie bei vielen primitiven Völkern lassen auch hier die Herren der Schöpfung das schwache Geschlecht für sich arbeiten: Frauen schaffen Brennholz ins Lager. Rechts oben: Tanz der Pygmäen zur Negertrommel. Unten: der Verfasser des Werkes, Dr. Schebeste, mit einem Zwergenhäuptling. An diesem Bilde kann man sich eine Vorstellung von der „Größe" der Pygmäen machen.

Rund'unk

Kattowitz und Warschau.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

11,58 Zeitzeichen, Glockengeläut; 12,05 Programmansage; 12,10 Presserundschau; 12.20 Schallplattenkonzert; 12,40 Wetter; 12,45 Schallplattenkonzert; 14,00 Wirtschaftsnachrichten; 14,10 Pause; 15,00 Wirtschaftsnachrichten.

Freitag, den 25. November.

15,50: Etwas vom Fliegen. 16: Blick in Zeitschriften. 16,15: Kinderfunk. 16,40: Prof. Hasurski: „Stanislaw Wyspianski". 17: Konzert. 18: Leichte Musik. 18,50: Vortrag. 19,10: Verschiedenes. 20: Plaudereien über Musik. 20,15: Konzert. In der Pause: Literatur. 22,40: Sport- und Pressenachrichten. 23: Briefkasten in französischer Sprache.

Breslau und Gleiwitz.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

6,20 Morgenkonzert; 8,15 Wetter, Zeit, Wasserstand, Presse; 13.05 Wetter, anschließend 1. Mittagskonzert; 13,45 Zeit, Wetter, Presse, Börse; 14,05 2. Mittagskonzert; 14,45 Werbedienst mit Schallplatten; 15,10 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Freitag, den 25. November.

8,30: Stunde der Frau. 10,10: Schulfunk. 11,30: Wetter; anschl.: Aus Bremen: Konzert. 16: Jugendfunk. 16,30: Von Sevilla bis Aranjuez. (Konzert). 17,30: Zweiter landw. Preisbericht; anschl.: Reden über Kunst und Künstler. 18: Die Zeit in der jungen Dichtung. 18,30: Der Zeitdienst berichtet. 19: Vortrag. 19,25: Wetter und Schallplatten. 20,30: 5 Uschakows singen russische Volkslieder. 21: Abendberichte. 21,10: Zum 75. Todestag des Dichters Eichendorff. In der Pause: Zeit, Wetter, Presse und Sport. 22,40: Aus Köln: Nachtmusik.

Ver ammlu skalender

D. S. A. P. und A erwoh'fahrt.

Schlesiengrube. Am Donnerstag, den 24. November, nachmittags 4½ Uhr Mitgliederversammlung, in Form einer Revolutionsfeier. Vollzähliges Erscheinen aller Parteigenossinnen- und genossen, Gewerkschaftskollegen als Gäste willkommen. Referent: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll.

Ober-Lazisk. D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt veranstalten am Sonntag, den 27. November, nachmittags 1 Uhr, pünktlich, bei Mucha ihre Mitgliederversammlung. Sorgt für Massenbesuch. Referent: Genosse Kowoll.

Bezirksausschuß der Kinderfreunde.

Am Freitag, den 25. November, abends um 8 Uhr, findet im Volkshaus in Königshütte eine wichtige Ausschußsitzung der Kinderfreunde statt, zu welcher alle Mitglieder unbedingt erscheinen mögen.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen am Sonntag, den 27. November 1932.

Nowa Wies. Vorm. 9½ Uhr, bei Goretzki. Ref. zur Stelle.

Gieszowiec. Nachm. 3 Uhr, im bekannten Lokale. Referent zur Stelle.

Kattowitz. (Ortsausschuß.) Am Sonnabend, den 26. November d. Js., nachmittags 6 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels, die Versammlung des Ortsausschusses statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Delegierten ist Pflicht. Eine Stunde vorher im Metallarbeiterbüro Kassenrevision.

Schwientochlowitz. Die D. S. A. J. veranstaltet am Sonntag, den 27. November 1932 im Bialasschen Lokale einen Werbeabend. Zur Aufführung gelangen ein Theaterstück, Reigen und Bewegungschöre. Zu dieser Veranstaltung werden alle Jugendgenossen, Parteimitglieder, Kulturvereine und Gewerkschaftsmitglieder herzlichst eingeladn Beginn 6,30 Uhr.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Lipine. Am Freitag, den 25. November, abends um 6 Uhr, findet bei Machon, ulica Kolejowa, ein Lichtbildervortrag statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Referent: Gen. Buchwald.

Schwientochlowitz. Am Freitag, den 25. November, abends um 7 Uhr, findet bei Herrn Katscher, ulica Kolejowa, der erste diesjährige Vortragsabend statt. Mitglieder der Freien Gewerkschaften, sowie der Kulturvereine, werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbücher als Ausweis sind mitzubringen.

Emanuelssegen. Am Freitag, den 25. November, abends um 7 Uhr, findet in der deutschen Privatschule ein Lichtbildervortrag statt. Referent: Genosse Sowa.

Königshütte. Am Sonntag, den 27. November, findet der fällige Theaterabend statt. Zur Aufführung gelangt das 4aktige Schauspiel aus dem Arbeiterleben „Freie Bahn dem Tüchtigen". Die Plätze kosten 30 Groschen bis 1,10 Zloty. Vorverkauf in der Bibliothek des Bundes für Arbeiterbildung.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.